

Bundesgesetzblatt ⁴¹³

Teil II

Z 1998 A

1982

Ausgegeben zu Bonn am 20. April 1982

Nr. 17

Tag	Inhalt	Seite
14. 4. 82	Gesetz zu den Zusatzvereinbarungen vom 29. August 1980 zum Abkommen vom 22. Dezember 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit und zu der Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens 826-2-15-1	414
14. 4. 82	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Erhaltung der lebenden Meeres-schätze der Antarktis	420
26. 3. 82	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über Finanzielle Zusammenarbeit	438
29. 3. 82	Bekanntmachung des deutsch-luxemburgischen Vertrags über kulturelle Zusammenarbeit ...	440
29. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Umschließungen	442
29. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen	443
29. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät	443
29. 3. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial	444

Gesetz
zu den Zusatzvereinbarungen vom 29. August 1980
zum Abkommen vom 22. Dezember 1966
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich
über Soziale Sicherheit
und zu der Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens

Vom 14. April 1982

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Bonn am 29. August 1980 unterzeichneten völkerrechtlichen Vereinbarungen wird zugestimmt:

1. Dem Dritten Zusatzabkommen zum Abkommen vom 22. Dezember 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit in der Fassung des Ersten Zusatzabkommens vom 10. April 1969 (BGBl. 1969 II S. 1233, 1260) und des Zweiten Zusatzabkommens vom 29. März 1974 (BGBl. 1975 II S. 253),
2. der Dritten Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 22. Dezember 1966 zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit in der Fassung der Ersten Zusatzvereinbarung vom 10. April 1969 (BGBl. 1969 II S. 1233, 1258, 1260, 1269) und der Zweiten Zusatzvereinbarung vom 29. März 1974 (BGBl. 1975 II S. 253, 260).

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Artikel 2 Satz 3 des Gesetzes vom 3. Juli 1969 zu dem Abkommen vom 22. Dezember 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit und zu der Vereinbarung vom 22. Dezember 1966 zur Durchführung des Abkommens (BGBl. 1969 II S. 1233) wird wie folgt geändert:

Das Wort „einschließlich“ wird durch die Worte „mit Ausnahme“ ersetzt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Dritte Zusatzabkommen nach seinem Artikel IV Abs. 2 und die Dritte Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel III in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 14. April 1982

Für den Bundespräsidenten
 Der Präsident des Bundesrates
 Koschnick

Der Bundeskanzler
 Schmidt

Der Bundesminister
 für Arbeit und Sozialordnung
 Ehrenberg

Der Bundesminister des Auswärtigen
 Genscher

**Drittes Zusatzabkommen
zum Abkommen vom 22. Dezember 1966
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Österreich
über Soziale Sicherheit**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Österreich

in dem Wunsch, das Abkommen über Soziale Sicherheit vom 22. Dezember 1966 in der Fassung des Ersten Zusatzabkommens vom 10. April 1969 und des Zweiten Zusatzabkommens vom 29. März 1974 – im folgenden Abkommen genannt – den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

1. Artikel 3 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen dessen Staatsangehörigen gleich

- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates sowie ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, soweit diese ihre Rechte von einem Staatsangehörigen ableiten,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlose im Sinne des Abkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, wenn sie sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten,
- c) Angehörige und Hinterbliebene der unter Buchstabe b genannten Personen, soweit sie ihre Rechte von diesen Personen ableiten und sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.“

2. Artikel 11 Absatz 1 dritter Satz des Abkommens entfällt.

3. Artikel 20 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß für den Leistungsanspruch infolge eines Arbeitsunfalles (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen (Krankheiten) stehen solche gleich, die nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften als Unfälle oder Entschädigungsfälle anerkannt sind.

(2) Der zur Entschädigung des Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.“

4. Artikel 25 des Abkommens entfällt.

5. a) Artikel 27 Absatz 7 des Abkommens entfällt.

b) Artikel 27 Absatz 8 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(8) Der Anspruch auf Kinderzuschuß zu einer Pension (Rente) eines Versicherten richtet sich, sofern nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Anspruch auf Pension (Rente) besteht, ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sich der Berechtigte gewöhnlich aufhält; hält sich der Berechtigte gewöhnlich außerhalb der Gebiete der Vertragsstaaten auf, so richtet sich der Anspruch ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen die längere Beitragszeit zurückgelegt ist.“

6. a) Artikel 28 Nummer 1 Buchstabe a des Abkommens entfällt.

b) Artikel 28 Nummer 1 Buchstabe b des Abkommens erhält folgende Fassung:

„b) Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und Leistungszuständigkeit in der Pensionsversicherung werden ausschließlich österreichische Versicherungszeiten berücksichtigt.“

c) Artikel 28 Nummer 1 Buchstabe e des Abkommens erhält folgende Fassung:

„e) Als neutrale Zeiten gelten auch Zeiten, während derer Anspruch auf Rente aus eigener Versicherung aus der deutschen Rentenversicherung bestand.“

d) Artikel 28 Nummer 2 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„2. Bei Durchführung des Artikels 27 Absätze 1 und 3 sind die deutschen Versicherungszeiten ohne Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften über die Anrechenbarkeit der Versicherungszeiten heranzuziehen.“

e) In Artikel 28 Nummer 3 des Abkommens entfallen die Bezeichnung Buchstabe a und die Bestimmung des Buchstaben b.

f) In Artikel 28 des Abkommens wird als Nummer 3 a eingefügt:

„3 a. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 27 Absätze 3 und 4; Artikel 31 ist entsprechend anzuwenden.“

g) Dem Artikel 28 des Abkommens wird als Nummer 6 angefügt:

„6. Die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe d bezeichneten Rechtsvorschriften werden nicht berücksichtigt, soweit sie eine Übertragung von Rentenanwartschaften vorsehen.“

7. a) In Artikel 29 Nummer 2 des Abkommens wird am Ende der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
- „ist danach die Bundesknappschaft zuständiger Träger, so werden diese Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Angestellten berücksichtigt.“
- b) Artikel 29 Nummer 3 des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „3. Die nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten bleiben bei der Mindestzahl von Versicherungsjahren als Voraussetzung für die Berechnung der Rente nach Mindesteinkommen nach den deutschen Rechtsvorschriften unberücksichtigt.“
- c) Artikel 29 Nummern 4 und 5 des Abkommens entfallen.
- d) Artikel 29 Nummer 8 dritter Satz des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „Besteht nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Anspruch auf Waisenpension (Waisenrente) oder sind die Voraussetzungen für den Anspruch auf Waisenrente nur unter Berücksichtigung des Artikels 26 Absatz 1 erfüllt, so wird der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, nur zur Hälfte gewährt.“
- e) Artikel 29 Nummer 10 des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „10. Beim Zusammentreffen einer Rente aus der deutschen Rentenversicherung mit einer Rente aus der österreichischen Unfallversicherung wird bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften nur die für die Berechnung der deutschen Rente maßgebende Rentenbemessungsgrundlage berücksichtigt.“
8. Artikel 30 des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 26 Absatz 1 ein Leistungsanspruch, so gewährt der zuständige Träger die ohne Anwendung dieses Kapitels zustehende Leistung, solange ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates nicht besteht.
- (2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Leistung wird nach diesem Kapitel neu festgestellt, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginns der Leistung nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.“
9. Artikel 31 Absatz 2 des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „(2) Bei Anwendung des Absatzes 1 bleiben ein Kinderzuschuß, der Hilflosenzuschuß nach den österreichischen Rechtsvorschriften sowie die Übertragung von Rentenanwartschaften nach den deutschen Rechtsvorschriften unberücksichtigt.“
10. Artikel 42 Absatz 4 des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „(4) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung der Leistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn
- a) Versicherungszeiten nach den deutschen und österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind oder berücksichtigt werden oder
- b) der Berechtigte sich im Gebiet der Republik Österreich gewöhnlich aufhält oder
- c) der Berechtigte sich als österreichischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Gebiete der Vertragsstaaten aufhält.
- Die Zuständigkeit der Sonderanstalten bleibt unberührt.“
11. Artikel 45 Absatz 1 erster Satz des Abkommens erhält folgende Fassung:
- „(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden.“
12. a) Artikel 48 Absatz 3 dritter und vierter Satz des Abkommens entfallen.
- b) Artikel 48 Absatz 5 des Abkommens entfällt.
13. In der Ziffer 2 des Schlußprotokolls zum Abkommen wird als Buchstabe d eingefügt:
- „d) Sind außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der deutsche Träger bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt, soweit diese nichts anderes bestimmen.“
14. a) Der Ziffer 3 Buchstabe e des Schlußprotokolls zum Abkommen wird folgender Satz angefügt:
- „Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstabe b bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Gebiet der Republik Österreich aufhalten.“
- b) Der Ziffer 3 des Schlußprotokolls zum Abkommen wird als Buchstabe g angefügt:
- „g) Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherungspflicht der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in einem Drittstaat oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen bleiben unberührt.“
15. Ziffer 7 a des Schlußprotokolls zum Abkommen erhält folgende Fassung:
- „7 a. Zu Artikel 11 des Abkommens:
- Absatz 1 gilt nicht hinsichtlich der Gewährung eines Kinderzuschusses nach den deutschen Rechtsvorschriften beim Zusammentreffen mit einem Kinderzuschuß aus der österreichischen Unfallversicherung.“
16. Nach Ziffer 7 a des Schlußprotokolls zum Abkommen wird als Ziffer 7 b eingefügt:
- „7 b. Zu den Artikeln 15 und 16 des Abkommens:
- Der Entbindungspauschbetrag nach den deutschen Rechtsvorschriften und der Entbindungsbeitrag nach den österreichischen Rechtsvorschriften gelten als Geldleistungen. Dabei stehen den nach den deutschen Rechtsvorschriften erforderlichen Untersuchungen die im Gebiet der Republik Österreich durchgeführten Untersuchungen gleich.“

17. Der Ziffer 9 des Schlußprotokolls zum Abkommen werden als Buchstaben f und g angefügt:
- „f) Bei Anwendung des Absatzes 1 erster Satz stehen bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland für die Voraussetzungen nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht
- aa) die Versicherung in der österreichischen Krankenversicherung der Mitgliedschaft bei einem deutschen Träger der Krankenversicherung,
- bb) die Ehe mit einem Versicherten der österreichischen Krankenversicherung der Ehe mit einem Mitglied eines deutschen Trägers der Krankenversicherung und
- cc) die Wohnsitznahme im Gebiet der Republik Österreich der Wohnsitznahme im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
- gleich.
- g) Bei Anwendung des Absatzes 1 zweiter Satz gelten bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzungen nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht als erfüllt.“
18. Der Ziffer 11 des Schlußprotokolls zum Abkommen wird als Buchstabe c angefügt:
- „c) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch entsprechend für die Entschädigung eines unter die österreichischen Rechtsvorschriften gefallenen früheren Arbeitsunfalles (Berufskrankheit), wenn die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Entschädigung eines später eingetretenen Arbeitsunfalles (Berufskrankheit) vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen.“
19. Ziffer 13 des Schlußprotokolls zum Abkommen erhält folgende Fassung:
- „13. Zu den Artikeln 28 und 29 des Abkommens:
- Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgehaltene Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten als gleichgestellte Zeiten anrechnungsfähig wären, sind, sofern nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Anspruch auf Pension (Rente) besteht, für die Berechnung der Leistung nur von dem Träger des Vertragsstaates zu berücksichtigen, nach dessen Rechtsvorschriften die letzte für die Anrechnung maßgebende Versicherungszeit vor der betreffenden gleichgestellten Zeit oder, wenn keine Versicherungszeit vorhergeht, die erste Versicherungszeit nach der betreffenden gleichgestellten Zeit zu berücksichtigen ist.“
20. Ziffer 14 des Schlußprotokolls zum Abkommen entfällt.
21. a) In der Ziffer 18 Buchstabe b Unterabschnitt bb des Schlußprotokolls zum Abkommen wird der Ausdruck „Artikel 28 Nummern 1, 2 und 3 Buchstabe a sowie der Ziffer 3 Buchstaben d und e“ durch den Ausdruck „Artikel 28 Nummern 1, 2 und 3 sowie der Ziffer 3 Buchstabe d“ ersetzt.
- b) In der Ziffer 18 Buchstabe b Unterabschnitt cc des Schlußprotokolls zum Abkommen wird der Ausdruck „Artikel 28 Nummer 3 Buchstabe b“ durch den Ausdruck „Artikel 28 Nummer 3 a“, der Ausdruck „Artikel 27 Absätze 1 bis 7“ durch den Ausdruck „Artikel 27 Absätze 1 bis 6“ und der Ausdruck „Artikel 28 Nummer 3 Buchstabe a“ durch den Ausdruck „Artikel 28 Nummer 3“ ersetzt.
22. a) Der Ziffer 19 Buchstabe b Nummer 2 Buchstabe d des Schlußprotokolls zum Abkommen wird folgender Satz angefügt:
- „Dies gilt nicht in den Fällen des nachstehenden Buchstaben e.“
- b) Der Ziffer 19 Buchstabe b Nummer 2 des Schlußprotokolls zum Abkommen wird als Buchstabe e angefügt:
- „e) Buchstabe a gilt ferner nicht für Versicherungszeiten,
- aa) die nach der gemäß Brief Nummer V 1 zu dem in Artikel 53 des Abkommens bezeichneten Finanz- und Ausgleichsvertrag getroffenen gesetzlichen Regelung sowie nach Artikel 24 des in Artikel 53 des Abkommens bezeichneten Ersten Abkommens einem österreichischen Träger zugeordnet wurden und die für die Bemessung eines österreichischen Ruhe(Versorgungs)genusses angerechnet oder bei der Bemessung eines österreichischen Ruhe(Versorgungs)genusses berücksichtigt werden oder
- bb) die nach Artikel 24 des in Artikel 53 des Abkommens bezeichneten Ersten Abkommens einem österreichischen Träger zugeordnet wurden und die auf Grund eines geleisteten Ausstattungsbeitrages (Erstattungsbetrages) von diesem nicht zu berücksichtigen sind oder die nach einer Versicherungslastregelung zwischen der Republik Österreich und einem dritten Staat auf diesen übergegangen sind.“
- c) In der Ziffer 19 Buchstabe b Nummer 3 Buchstabe b des Schlußprotokolls zum Abkommen wird am Ende der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgendes angefügt:
- „soweit innerstaatliche Verjährungsvorschriften nichts anderes bestimmen. Die vorstehende Nummer 2 Buchstabe e gilt entsprechend.“
- d) Ziffer 19 Buchstabe b Nummer 3 Buchstabe c dritter und vierter Satz des Schlußprotokolls zum Abkommen erhalten folgende Fassung:
- „Der für die Entscheidung zuständige Träger rechnet Leistungen an, die von einem Träger des anderen Vertragsstaates gezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist, daß diese Leistungen
- aa) auf Grund desselben Arbeitsunfalles gewährt werden,
- bb) auf Versicherungszeiten beruhen, die der Träger des anderen Vertragsstaates bei Anwendung der in Buchstabe b Nummer 3 Buchstabe b Unterabschnitte aa bis cc genannten Regelungen zu berücksichtigen hat, wobei diese Versicherungszeiten höchstens in dem Umfang berücksichtigt werden, in dem der zuständige Träger Versicherungszeiten auf Grund des Buchstaben b Nummern 2 und 3 anrechnet; ein Kinderzuschuß zur Pension (Rente) sowie der Hilflosenzuschuß nach den österreichischen Rechtsvorschriften bleiben außer Betracht.“

Artikel II

- (1) Die Bestimmungen
- a) des Artikels I Nummer 9,
- b) des Artikels I Nummer 12,
- c) des Artikels I Nummer 22 Buchstabe c und

d) der Ziffer 19 Buchstabe b Nummer 3 Buchstabe c letzter Halbsatz des Schlußprotokolls zum Abkommen in der Fassung dieses Zusatzabkommens

gelten auch für Versicherungsfälle, die vor dem Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens eingetreten sind.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Buchstaben a und d werden Pensionen (Renten), die vor dem Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt; sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(3) Für Versicherungsfälle, die vor dem Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens eingetreten sind, wird Artikel 29 Nummer 10 des Abkommens in der vor dem Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens geltenden Fassung mit der Maßgabe angewendet, daß die Leistung auf Antrag des Berechtigten ohne Berücksichtigung des Hilflosenzuschusses nach den österreichischen Rechtsvorschriften festgestellt oder neu festgestellt wird; die Leistung kann auch von Amts wegen neu festgestellt werden. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(4) Dieses Zusatzabkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(5) Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens schon im Sinne der Regelung der Ziffer 19 Buchstabe b Nummer 3 Buchstabe c vierter Satz des Schlußprotokolls zum

Abkommen in der Fassung dieses Zusatzabkommens verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

Artikel III

Dieses Zusatzabkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Bundesregierung der Republik Österreich binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel IV

(1) Dieses Zusatzabkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wien ausgetauscht.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Ziffer 9 Buchstaben f und g des Schlußprotokolls zum Abkommen in der Fassung dieses Zusatzabkommens ist rückwirkend vom 1. Juli 1978 an anzuwenden. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden. Tritt Versicherungspflicht in der deutschen Krankenversicherung nach Ziffer 9 Buchstabe f des Schlußprotokolls zum Abkommen in der Fassung dieses Zusatzabkommens ein oder ist hiernach Versicherungspflicht bereits eingetreten, so kann ein Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht binnen einem Monat nach der Mitteilung des zuständigen Trägers an den Versicherten über die Versicherungspflicht gestellt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Zusatzabkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Bonn am 29. August 1980 in zwei Urschriften.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt
für den Bundesminister des Auswärtigen
Lautenschlager

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

Für die Republik Österreich
Weißenberg

**Dritte Zusatzvereinbarung
zur Vereinbarung vom 22. Dezember 1966
zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Österreich
über Soziale Sicherheit**

Auf Grund des Artikels 42 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit vom 22. Dezember 1966 haben

für die Bundesrepublik Deutschland

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

für die Republik Österreich

der Bundesminister für soziale Verwaltung und
der Bundesminister für Finanzen

zur Änderung der am 22. Dezember 1966 geschlossenen Vereinbarung zur Durchführung des an demselben Tag geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit in der Fassung der Ersten Zusatzvereinbarung vom 10. April 1969 und der Zweiten Zusatzvereinbarung vom 29. März 1974 – im folgenden Durchführungsvereinbarung genannt –

folgendes vereinbart:

Artikel I

1. Artikel 4 der Durchführungsvereinbarung erhält folgende Fassung:

„In den Fällen der Artikel 12 und 13 des Abkommens sowie der Ziffer 9 Buchstabe f des Schlußprotokolls zum Abkommen stellt der zuständige Träger auf Verlangen eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten oder die Zeiten des Bezugs einer Leistung aus, die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden.“

2. In Artikel 5 Absatz 3 der Durchführungsvereinbarung wird nach Ziffer 10 als Ziffer 10 a eingefügt:

„10 a. Kuren;“

3. In Artikel 6 Absatz 3 der Durchführungsvereinbarung entfallen die Worte „des Vorjahres“.

4. Artikel 12 der Durchführungsvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Pensionen (Renten) werden an Anspruchsberechtigte im anderen Vertragsstaat direkt ausgezahlt. Nachzahlungen an Pensionen (Renten) können entweder direkt oder im Wege des zuständigen Trägers des Wohnortes ausgezahlt werden.“

5. Nach Artikel 14 der Durchführungsvereinbarung wird als Artikel 14 a eingefügt:

„Artikel 14 a

Die zuständigen Träger eines Vertragsstaates können davon absehen, die nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften einzuholenden Lebens- und Staatsangehörigkeitsbescheinigungen von den im Gebiet des anderen Vertragsstaates sich aufhaltenden Anspruchsberechtigten zu beschaffen.“

Artikel II

Diese Zusatzvereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Bundesminister für soziale Verwaltung und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Zusatzvereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel III

Diese Zusatzvereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Dritten Zusatzabkommen vom 29. August 1980 zum Abkommen vom 22. Dezember 1966 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Soziale Sicherheit in Kraft, sobald die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem Bundesminister für soziale Verwaltung und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich mitgeteilt hat, daß die nach deutschem Recht für ihr Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen vorliegen.

Geschehen zu Bonn am 29. August 1980 in zwei Urschriften.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt
für den Bundesminister des Auswärtigen
Lautenschlager

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

Der Bundesminister für soziale Verwaltung,
der auch mit der Vertretung des Bundesministers für Finanzen
betraut ist
Weißenberg

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 20. Mai 1980
über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis**

Vom 14. April 1982

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Canberra am 11. September 1980 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. die von der Kommission angenommenen Maßnahmen zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis nach Artikel IX Abs. 2 des Übereinkommens in Kraft zu setzen,
2. das Verfahren der Überwachung zur Einhaltung dieser Maßnahmen zu regeln. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) kann für dieses Verfahren eingeschränkt werden.

Artikel 3

Das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft ist zuständig, die in Artikel 2 genannten Maßnahmen durchzuführen.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XXVIII für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 14. April 1982

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Koschnick

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Übereinkommen über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis

Convention on the Conservation of Antarctic Marine Living Resources

Convention sur la conservation de la faune et la flore marines de l'Antarctique

(Übersetzung)

The Contracting Parties,

Recognising the importance of safeguarding the environment and protecting the integrity of the ecosystem of the seas surrounding Antarctica;

Noting the concentration of marine living resources found in Antarctic waters and the increased interest in the possibilities offered by the utilization of these resources as a source of protein;

Conscious of the urgency of ensuring the conservation of Antarctic marine living resources;

Considering that it is essential to increase knowledge of the Antarctic marine ecosystem and its components so as to be able to base decisions on harvesting on sound scientific information;

Believing that the conservation of Antarctic marine living resources calls for international co-operation with due regard for the provisions of the Antarctic Treaty and with the active involvement of all States engaged in research or harvesting activities in Antarctic waters;

Recognising the prime responsibilities of the Antarctic Treaty Consultative Parties for the protection and preservation of the Antarctic environment and, in particular, their responsibilities under Article IX, paragraph 1 (f) of the Antarctic Treaty in respect of the preservation and conservation of living resources in Antarctica;

Recalling the action already taken by the Antarctic Treaty Consultative Parties including in particular the Agreed Measures for the Conservation of Antarc-

Les Parties contractantes,

Reconnaissant l'importance de la protection de l'environnement et de la préservation de l'intégrité de l'écosystème des mers qui entourent l'Antarctique;

Constatant la concentration de la faune et la flore dans les eaux de l'Antarctique et l'intérêt accru que soulèvent les possibilités offertes par l'utilisation de ces ressources comme source de protéines;

Conscientes de l'urgence d'assurer la conservation de la faune et la flore marines de l'Antarctique;

Considérant qu'il est essentiel d'approfondir les connaissances sur l'écosystème marin antarctique et ses composants afin de permettre une prise de décision concernant la capture fondée sur des informations scientifiques pertinentes;

Estimant que la conservation de la faune et la flore marines de l'Antarctique exige une coopération internationale qui prenne dûment en considération les dispositions du Traité sur l'Antarctique et implique la participation active de tous les Etats ayant des activités de recherche ou de capture dans les eaux de l'Antarctique;

Reconnaissant les responsabilités particulières des Parties consultatives au Traité sur l'Antarctique quant à la protection et à la préservation du milieu antarctique, et en particulier les responsabilités que leur confère le paragraphe 1 f) de l'Article IX du Traité sur l'Antarctique en matière de protection et de conservation de la faune et la flore dans l'Antarctique;

Rappelant l'action déjà menée par les Parties consultatives au Traité sur l'Antarctique, notamment les Mesures convenues pour la protection de la faune

Die Vertragsparteien –

in Erkenntnis der Bedeutung des Umweltschutzes und der Unversehrtheit des Ökosystems der die Antarktis umgebenden Meere;

angesichts der in den antarktischen Gewässern vorhandenen Ansammlung lebender Meeresschätze und des wachsenden Interesses an den durch die Nutzung dieser Schätze als einer Proteinquelle gebotenen Möglichkeiten;

eingedenk der Dringlichkeit, für die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis Sorge zu tragen;

in der Erwägung, daß eine Vertiefung der Kenntnisse des Ökosystems der antarktischen Meere und seiner Bestandteile wesentlich ist, um Entscheidungen über die Nutzung auf fundierte wissenschaftliche Informationen stützen zu können;

überzeugt, daß die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis internationale Zusammenarbeit unter gebührender Berücksichtigung des Antarktis-Vertrags und unter aktiver Teilnahme aller an Forschung oder Nutzung in antarktischen Gewässern beteiligten Staaten erfordert;

in Erkenntnis der Hauptverantwortung der Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags für den Schutz und die Erhaltung der antarktischen Umwelt und insbesondere ihrer Verantwortung nach Artikel IX Absatz 1 Buchstabe f) des Antarktis-Vertrags für die Erhaltung und den Schutz der lebenden Schätze in der Antarktis;

eingedenk der bereits von den Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags ergriffenen Maßnahmen, darunter insbesondere die Vereinbarten Maßnah-

tic Fauna and Flora, as well as the provisions of the Convention for the Conservation of Antarctic Seals;

Bearing in mind the concern regarding the conservation of Antarctic marine living resources expressed by the Consultative Parties at the Ninth Consultative Meeting of the Antarctic Treaty and the importance of the provisions of Recommendation IX-2 which led to the establishment of the present Convention;

Believing that it is in the interest of all mankind to preserve the waters surrounding the Antarctic continent for peaceful purposes only and to prevent their becoming the scene or object of international discord;

Recognising, in the light of the foregoing, that it is desirable to establish suitable machinery for recommending, promoting, deciding upon and co-ordinating the measures and scientific studies needed to ensure the conservation of Antarctic marine living organisms;

Have agreed as follows:

Article I

1. This Convention applies to the Antarctic marine living resources of the area south of 60° South latitude and to the Antarctic marine living resources of the area between that latitude and the Antarctic Convergence which form part of the Antarctic marine ecosystem.

2. Antarctic marine living resources means the populations of fin fish, molluscs, crustaceans and all other species of living organisms, including birds, found south of the Antarctic Convergence.

3. The Antarctic marine ecosystem means the complex of relationships of Antarctic marine living resources with each other and with their physical environment.

4. The Antarctic Convergence shall be deemed to be a line joining the following points along parallels of latitude and meridians of longitude:

50° S, 0°; 50° S, 30° E; 45° S, 30° E; 45° S, 80° E; 55° S, 80° E; 55° S, 150° E; 60° S, 150° E; 60° S, 50° W; 50° S, 50° W; 50° S, 0°.

Article II

1. The objective of this Convention is the conservation of Antarctic marine living resources.

2. For the purposes of this Convention, the term "conservation" includes rational use.

et la flore dans l'Antarctique, et les dispositions de la Convention pour la protection des phoques de l'Antarctique;

Tenant compte de la préoccupation exprimée par les Parties consultatives à la neuvième Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique au sujet de la conservation de la faune et la flore marines de l'Antarctique, ainsi que de l'importance des dispositions de la Recommandation IX-2, qui a abouti à l'établissement de la présente Convention;

Persuadées qu'il est dans l'intérêt de l'humanité tout entière de réserver les eaux entourant l'Antarctique à des fins exclusivement pacifiques et d'éviter qu'elles ne deviennent le théâtre ou l'enjeu de différends internationaux;

Reconnaissant, compte tenu de ce qui précède, qu'il est souhaitable d'instituer un mécanisme dont le rôle serait de recommander, de promouvoir, de décider et de coordonner les mesures et études scientifiques nécessaires à la conservation des organismes marins vivants de l'Antarctique;

Sont convenues de ce qui suit:

Article Premier

1. La présente Convention s'applique aux ressources marines vivantes de la zone située au sud du 60^{ème} degré de latitude Sud et aux ressources marines vivantes de la zone comprise entre cette latitude et la convergence antarctique qui font partie de l'écosystème marin antarctique.

2. L'expression «ressources marines vivantes de l'Antarctique» désigne les populations de poissons à nageoires, de mollusques, de crustacés et de toutes les autres espèces d'organismes vivants, y compris les oiseaux, qui se trouvent au sud de la convergence antarctique.

3. L'expression «écosystème marin antarctique» désigne l'ensemble des rapports de ces ressources marines vivantes de l'Antarctique entre elles et avec leur milieu physique.

4. La convergence antarctique est définie comme la ligne joignant les points suivants le long des parallèles et des méridiens:

50° S, 0°; 50° S, 30° E; 45° S, 30° E; 45° S, 80° E; 55° S, 80° E; 55° S, 150° E; 60° S, 150° E; 60° S, 50° W; 50° S, 50° W; 50° S, 0°.

Article II

1. La présente Convention a pour objectif la conservation des ressources marines vivantes de l'Antarctique.

2. Aux fins de la Convention, le terme «conservation» comprend la notion d'utilisation rationnelle.

mèn zur Erhaltung der antarktischen Fauna und Flora, sowie das Übereinkommen zur Erhaltung antarktischer Robben;

angesichts der von den Beratenden Vertragsparteien auf der Neunten Beratenden Tagung des Antarktis-Vertrags zum Ausdruck gebrachten Besorgnis über die Erhaltung der lebenden Meeres-schätze der Antarktis und der Bedeutung der Empfehlung IX-2, die zur Erarbeitung dieses Übereinkommens führte;

überzeugt, daß es im Interesse der ganzen Menschheit liegt, die Gewässer um den antarktischen Kontinent für ausschließlich friedliche Zwecke zu erhalten und zu verhindern, daß sie zum Schauplatz oder Gegenstand internationaler Zwietracht werden;

in der Erkenntnis, daß es angesichts des oben Dargelegten wünschenswert ist, ein geeignetes Instrumentarium zu schaffen, um Maßnahmen und wissenschaftliche Untersuchungen zu empfehlen, zu fördern, zu beschließen und zu koordinieren, die zur Erhaltung der lebenden Meeresorganismen der Antarktis erforderlich sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die lebenden Meeresschätze der Antarktis in dem Gebiet südlich von 60° südlicher Breite sowie auf die lebenden Meeresschätze der Antarktis in dem Gebiet zwischen jener Breite und der antarktischen Konvergenz, die zum antarktischen Meeresökosystem gehören.

(2) Als lebende Meeresschätze der Antarktis werden die Populationen von Fischen, Weichtieren, Krustentieren und allen anderen, südlich der antarktischen Konvergenz angetroffenen Arten lebender Organismen, einschließlich Vögeln, bezeichnet.

(3) Als antarktisches Meeresökosystem wird die Gesamtheit der Wechselbeziehungen der lebenden Meeresschätze der Antarktis untereinander und zu ihrer natürlichen Umwelt bezeichnet.

(4) Als antarktische Konvergenz gilt eine Linie, die folgende Punkte auf den Breitenkreisen und Längengraden verbindet:

50° S, 0°; 50° S, 30° O; 45° S, 30° O; 45° S, 80° O; 55° S, 80° O; 55° S, 150° O; 60° S, 150° O; 60° S, 50° W; 50° S, 50° W; 50° S, 0°.

Artikel II

(1) Ziel dieses Übereinkommens ist die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt der Begriff „Erhaltung“ die rationelle Nutzung.

3. Any harvesting and associated activities in the area to which this Convention applies shall be conducted in accordance with the provisions of this Convention and with the following principles of conservation:

- (a) prevention of decrease in the size of any harvested population to levels below those which ensure its stable recruitment. For this purpose its size should not be allowed to fall below a level close to that which ensures the greatest net annual increment;
- (b) maintenance of the ecological relationships between harvested, dependent and related populations of Antarctic marine living resources and the restoration of depleted populations to the levels defined in sub-paragraph (a) above; and
- (c) prevention of changes or minimization of the risk of changes in the marine ecosystem which are not potentially reversible over two or three decades, taking into account the state of available knowledge of the direct and indirect impact of harvesting, the effect of the introduction of alien species, the effects of associated activities on the marine ecosystem and of the effects of environmental changes, with the aim of making possible the sustained conservation of Antarctic marine living resources.

Article III

The Contracting Parties, whether or not they are Parties to the Antarctic Treaty, agree that they will not engage in any activities in the Antarctic Treaty area contrary to the principles and purposes of that Treaty and that, in their relations with each other, they are bound by the obligations contained in Articles I and V of the Antarctic Treaty.

Article IV

1. With respect to the Antarctic Treaty area, all Contracting Parties, whether or not they are Parties to the Antarctic Treaty, are bound by Articles IV and VI of the Antarctic Treaty in their relations with each other.

2. Nothing in this Convention and no acts or activities taking place while the present Convention is in force shall:

- (a) constitute a basis for asserting, supporting or denying a claim to territorial sovereignty in the Antarctic

3. Dans la zone d'application de la Convention, les captures et les activités connexes se font conformément aux dispositions de la Convention et aux principes de conservation suivants:

- a) prévenir la diminution du volume de toute population exploitée en-deçà du niveau nécessaire au maintien de sa stabilité. A cette fin, il ne sera pas permis que ce volume descende en-deçà d'un niveau proche de celui qui assure l'accroissement maximum annuel net de la population;
- b) maintenir les rapports écologiques entre les populations exploitées, dépendantes ou associées des ressources marines vivantes de l'Antarctique et reconstituer les populations exploitées aux niveaux définis à l'alinéa a); et
- c) prévenir les modifications ou minimiser les risques de modifications de l'écosystème marin qui ne seraient pas potentiellement réversibles en deux ou trois décennies, compte tenu de l'état des connaissances disponibles en ce qui concerne les répercussions directes ou indirectes de l'exploitation, de l'effet de l'introduction d'espèces exogènes, des effets des activités connexes sur l'écosystème marin et de ceux des modifications du milieu, afin de permettre une conservation continue des ressources marines vivantes de l'Antarctique.

Article III

Les Parties contractantes, qu'elles soient ou non parties au Traité sur l'Antarctique, conviennent de ne pas mener dans la zone du Traité sur l'Antarctique d'activités qui aillent à l'encontre des principes et des objectifs de ce Traité et se reconnaissent liées, dans leurs rapports réciproques, par les obligations définies dans les Articles premier et V de ce Traité.

Article IV

1. En ce qui concerne la zone du Traité sur l'Antarctique, toutes les Parties contractantes, qu'elles soient ou non parties à ce Traité, sont liées par les Articles IV et VI du Traité sur l'Antarctique dans leurs rapports réciproques.

2. Aucune disposition de la présente Convention, ni aucun acte ou activité intervenant pendant la durée de la présente Convention:

- a) ne peut servir de base pour faire valoir, soutenir ou contester une revendication de souveraineté territoriale dans

(3) Jede Nutzung und damit zusammenhängende Tätigkeiten im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens werden in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen und den folgenden Erhaltungsgrundsätzen durchgeführt:

- a) Es ist zu verhindern, daß der Bestand genutzter Populationen bis auf eine Menge verringert wird, die eine ausreichende Sicherung des Nachwuchses nicht mehr gewährleistet. Deshalb ist es unzulässig, daß der Bestand bis unter eine Menge abnimmt, die der nahekommt, welche den größten jährlichen Reinzuwachs gewährleistet;
- b) die ökologischen Wechselbeziehungen zwischen genutzten, abhängigen und verwandten Populationen lebender Meeresschätze der Antarktis sind aufrechtzuerhalten, und die Erholung erschöpfter Populationen bis zu den unter Buchstabe a bezeichneten Mengen ist herbeizuführen;
- c) Veränderungen im Meeresökosystem, die möglicherweise im Verlauf von zwei oder drei Jahrzehnten nicht rückgängig gemacht werden können, sind zu verhindern, und die Gefahr solcher Veränderungen ist auf ein Mindestmaß zu verringern; hierbei ist der Stand der verfügbaren Kenntnisse über die unmittelbare und mittelbare Auswirkung der Nutzung, über die Wirkung der Einführung fremder Arten, die Wirkungen damit zusammenhängender Tätigkeiten auf das Meeresökosystem sowie über die Wirkungen von Umweltveränderungen in Betracht zu ziehen, um eine dauerhafte Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis zu ermöglichen.

Artikel III

Die Vertragsparteien, gleichviel ob sie Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags sind oder nicht, kommen überein, daß sie im Gebiet des Antarktis-Vertrags keine Tätigkeiten entgegen den Grundsätzen und Zielen jenes Vertrags aufnehmen und daß sie in ihren Beziehungen untereinander durch die Verpflichtungen der Artikel I und V des Antarktis-Vertrags gebunden sind.

Artikel IV

(1) Hinsichtlich des Gebiets des Antarktis-Vertrags sind alle Vertragsparteien, gleichviel ob sie Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags sind oder nicht, durch die Artikel IV und VI des Antarktis-Vertrags in ihren Beziehungen untereinander gebunden.

(2) Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie Handlungen oder Tätigkeiten, die während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens vorgenommen werden,

- a) bilden keine Grundlage für die Geltendmachung, Unterstützung oder Ablehnung eines Anspruchs auf Gebiets-

Treaty area or create any rights of sovereignty in the Antarctic Treaty area;

- (b) be interpreted as a renunciation or diminution by any Contracting Party of, or as prejudicing, any right or claim or basis of claim to exercise coastal state jurisdiction under international law within the area to which this Convention applies;
- (c) be interpreted as prejudicing the position of any Contracting Party as regards its recognition or non-recognition of any such right, claim or basis of claim;
- (d) affect the provision of Article IV, paragraph 2, of the Antarctic Treaty that no new claim, or enlargement of an existing claim, to territorial sovereignty in Antarctica shall be asserted while the Antarctic Treaty is in force.

la zone du Traité sur l'Antarctique, ni créer de droits de souveraineté dans cette zone;

- b) ne peut être interprété comme un abandon total ou partiel de la part d'aucune des Parties contractantes de tout droit ou revendication ou base de revendication d'exercer une juridiction d'Etat côtier en vertu du droit international à l'intérieur de la zone d'application de la Convention, ni comme portant atteinte à tel droit ou revendication ou base de revendication;
- c) ne peut être interprété comme portant atteinte à la position d'aucune Partie contractante à l'égard de la reconnaissance ou la non-reconnaissance de tel droit ou revendication ou base de revendication;
- d) ne peut porter atteinte à la disposition du paragraphe 2 de l'Article IV du Traité sur l'Antarctique en vertu de laquelle aucune revendication nouvelle, ni aucune extension d'une revendication de souveraineté territoriale dans l'Antarctique précédemment affirmée ne devra être présentée pendant la durée du Traité sur l'Antarctique.

hoheit im Gebiet des Antarktis-Vertrags und begründen dort keine Hoheitsrechte;

- b) sind weder so auszulegen, als stellten sie einen vollständigen oder teilweisen Verzicht einer Vertragspartei auf Rechte oder Ansprüche oder auf die Grundlage eines Anspruchs dar, im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens nach dem Völkerrecht die Hoheitsgewalt eines Küstenstaats auszuüben, noch so auszulegen, als beeinträchtigten sie solche Rechte, Ansprüche oder Anspruchsgrundlagen;
- c) sind nicht so auszulegen, als beeinträchtigten sie die Haltung einer Vertragspartei hinsichtlich ihrer Anerkennung oder Nichtanerkennung eines derartigen Rechts oder Anspruchs oder einer derartigen Anspruchsgrundlage;
- d) berühren nicht Artikel IV Absatz 2 des Antarktis-Vertrags, wonach keine neuen Ansprüche oder Erweiterungen bestehender Ansprüche auf Gebietshoheit in der Antarktis geltend gemacht werden, solange der Antarktis-Vertrag in Kraft ist.

Article V

1. The Contracting Parties which are not Parties to the Antarctic Treaty acknowledge the special obligations and responsibilities of the Antarctic Treaty Consultative Parties for the protection and preservation of the environment of the Antarctic Treaty area.

2. The Contracting Parties which are not Parties to the Antarctic Treaty agree that, in their activities in the Antarctic Treaty area, they will observe as and when appropriate the Agreed Measures for the Conservation of Antarctic Fauna and Flora and such other measures as have been recommended by the Antarctic Treaty Consultative Parties in fulfilment of their responsibility for the protection of the Antarctic environment from all forms of harmful human interference.

3. For the purposes of this Convention, "Antarctic Treaty Consultative Parties" means the Contracting Parties to the Antarctic Treaty whose Representatives participate in meetings under Article IX of the Antarctic Treaty.

Article V

1. Les Parties contractantes qui ne sont pas parties au Traité sur l'Antarctique reconnaissent les obligations et les responsabilités particulières des Parties consultatives au Traité sur l'Antarctique quant à la protection et la préservation de l'environnement dans la zone de ce Traité.

2. Les Parties contractantes qui ne sont pas parties au Traité sur l'Antarctique conviennent d'appliquer dans leurs activités dans la zone couverte par ce Traité, le cas échéant et en temps opportun, les Mesures convenues pour la protection de la faune et de la flore de l'Antarctique et les autres mesures qui ont été recommandées par les Parties consultatives dans l'exercice de leurs responsabilités quant à la protection de l'environnement antarctique contre toute forme d'ingérence humaine nuisible.

3. Aux fins de la présente Convention, l'expression «Parties consultatives au Traité sur l'Antarctique» désigne les Parties contractantes au Traité sur l'Antarctique dont les représentants participent aux réunions tenues conformément à l'Article IX de ce Traité.

Artikel V

(1) Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags sind, erkennen die besonderen Verpflichtungen und Verantwortungen der Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags für den Schutz und die Erhaltung der Umwelt des Gebiets des Antarktis-Vertrags an.

(2) Vertragsparteien, die nicht Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags sind, stimmen zu, daß sie bei ihren Tätigkeiten im Gebiet des Antarktis-Vertrags so oft und soweit erforderlich die Vereinbarten Maßnahmen zur Erhaltung der antarktischen Fauna und Flora sowie alle sonstigen Maßnahmen beachten, die von den Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags in Ausübung ihrer Verantwortung für den Schutz der antarktischen Umwelt vor allen Formen einer schädlichen Beeinträchtigung durch den Menschen empfohlen worden sind.

(3) Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck „Beratende Vertragspartei des Antarktis-Vertrags“ die Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags, deren Vertreter an den Tagungen nach Artikel IX des Antarktis-Vertrags teilnehmen.

Article VI

Nothing in this Convention shall derogate from the rights and obligations of Contracting Parties under the Interna-

Article VI

Aucune disposition de la présente Convention ne peut porter atteinte aux droits et obligations des Parties contrac-

Artikel VI

Dieses Übereinkommen beeinträchtigt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Internationalen

tional Convention for the Regulation of Whaling and the Convention for the Conservation of Antarctic Seals.

Article VII

1. The Contracting Parties hereby establish and agree to maintain the Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources (hereinafter referred to as "the Commission").

2. Membership in the Commission shall be as follows:

- (a) each Contracting Party which participated in the meeting at which this Convention was adopted shall be a Member of the Commission;
- (b) each State Party which has acceded to this Convention pursuant to Article XXIX shall be entitled to be a Member of the Commission during such time as that acceding Party is engaged in research or harvesting activities in relation to the marine living resources to which this Convention applies;
- (c) each regional economic integration organization which has acceded to this Convention pursuant to Article XXIX shall be entitled to be a Member of the Commission during such time as its States members are so entitled;
- (d) a Contracting Party seeking to participate in the work of the Commission pursuant to sub-paragraphs (b) and (c) above shall notify the Depositary of the basis upon which it seeks to become a Member of the Commission and of its willingness to accept conservation measures in force. The Depositary shall communicate to each Member of the Commission such notification and accompanying information. Within two months of receipt of such communication from the Depositary, any Member of the Commission may request that a special meeting of the Commission be held to consider the matter. Upon receipt of such request, the Depositary shall call such a meeting. If there is no request for a meeting, the Contracting Party submitting the notification shall be deemed to have satisfied the requirements for Commission Membership.

3. Each Member of the Commission shall be represented by one representative who may be accompanied by alternate representatives and advisers.

Article VIII

The Commission shall have legal personality and shall enjoy in the territory of each of the States Parties such legal capacity as may be necessary to perform

tantes aux termes de la Convention internationale pour la réglementation de la chasse à la baleine et la Convention pour la protection des phoques de l'Antarctique.

Article VII

1. Il est établi par les Parties contractantes, qui conviennent d'en assurer le fonctionnement, une Commission pour la conservation de la faune et la flore marines de l'Antarctique, ci-après dénommée «la Commission».

2. La composition de la Commission est la suivante:

- a) chaque Partie contractante qui a participé à la réunion au cours de laquelle la présente Convention a été adoptée, est membre de la Commission;
- b) chaque Etat Partie qui aura adhéré à la présente Convention conformément à l'Article XXIX est habilité à être membre de la Commission tant que cette Partie adhérente se livre à des activités de recherche ou de capture en rapport avec la faune et la flore marines auxquelles s'applique la présente Convention;
- c) chaque organisation d'intégration économique régionale qui aura adhéré à la présente Convention conformément à l'Article XXIX est habilitée à être membre de la Commission tant que ses Etats membres le sont;
- d) une Partie contractante désireuse de participer aux travaux de la Commission conformément aux alinéas b) et c) ci-dessus notifiera au Dépositaire les motifs pour lesquels elle souhaite devenir membre de la Commission et sa volonté d'accepter les mesures de conservation en vigueur; le Dépositaire communiquera cette notification et les informations connexes à chacun des membres de la Commission. Dans les deux mois suivant la réception de cette communication du Dépositaire, tout membre de la Commission pourra demander la tenue d'une réunion spéciale de la Commission pour examiner la question. A réception d'une telle demande, le Dépositaire convoquera la réunion demandée. En l'absence d'une demande de réunion, la Partie contractante qui présente la notification sera censée avoir rempli les conditions requises pour être membre de la Commission.

3. Chaque membre de la Commission y dispose d'un représentant, qui peut être accompagné de suppléants et de conseillers.

Article VIII

La Commission est dotée de la personnalité morale et jouit, sur le territoire de chacun des Etats Parties, de la capacité juridique qui lui est nécessaire pour

Übereinkommen zur Regelung des Walfangs und dem Übereinkommen zur Erhaltung antarktischer Robben.

Artikel VII

(1) Die Vertragsparteien errichten hiermit die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (im folgenden als „Kommission“ bezeichnet) und vereinbaren ihre Unterhaltung.

(2) Die Kommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- a) Jede Vertragspartei, die an der Tagung teilnahm, auf der dieses Übereinkommen angenommen wurde, ist Mitglied der Kommission;
- b) jeder Vertragsstaat, der diesem Übereinkommen nach Artikel XXIX beigetreten ist, ist berechtigt, so lange Mitglied der Kommission zu sein, wie er Forschung oder Nutzung in bezug auf die lebenden Meeresschätze betreibt, auf die das Übereinkommen Anwendung findet;
- c) jede Organisation eines regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, die diesem Übereinkommen nach Artikel XXIX beigetreten ist, ist berechtigt, so lange Mitglied der Kommission zu sein, wie ihre Mitgliedstaaten dazu berechtigt sind;
- d) eine Vertragspartei, die an der Arbeit der Kommission nach den Buchstaben b und c teilzunehmen wünscht, notifiziert dem Verwahrer die Grundlage, auf der sie Mitglied der Kommission zu werden beabsichtigt, sowie ihre Bereitschaft, in Kraft befindliche Erhaltungsmaßnahmen anzuerkennen. Der Verwahrer teilt jedem Mitglied der Kommission derartige Notifikationen und ergänzende Auskünfte mit. Jedes Mitglied der Kommission kann innerhalb von zwei Monaten nach Eingang dieser Mitteilungen des Verwahrers eine Sondertagung der Kommission zur Prüfung der Angelegenheit beantragen. Nach Eingang des Antrags beruft der Verwahrer eine solche Tagung ein. Wird eine Tagung nicht beantragt, so wird davon ausgegangen, daß die notifizierende Vertragspartei die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Kommission erfüllt.

(3) Jedes Mitglied der Kommission stellt einen Delegierten, der von Stellvertretern und Beratern begleitet sein kann.

Artikel VIII

Die Kommission besitzt Rechtspersönlichkeit und genießt im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Erreichung der

its function and achieve the purposes of this Convention. The privileges and immunities to be enjoyed by the Commission and its staff in the territory of a State Party shall be determined by agreement between the Commission and the State Party concerned.

Article IX

1. The function of the Commission shall be to give effect to the objective and principles set out in Article II of this Convention. To this end, it shall:

- (a) facilitate research into and comprehensive studies of Antarctic marine living resources and of the Antarctic marine ecosystem;
- (b) compile data on the status of and changes in population of Antarctic marine living resources and on factors affecting the distribution, abundance and productivity of harvested species and dependent or related species or populations;
- (c) ensure the acquisition of catch and effort statistics on harvested populations;
- (d) analyse, disseminate and publish the information referred to in sub-paragraphs (b) and (c) above and the reports of the Scientific Committee;
- (e) identify conservation needs and analyse the effectiveness of conservation measures;
- (f) formulate, adopt and revise conservation measures on the basis of the best scientific evidence available, subject to the provisions of paragraph 5 of this Article;
- (g) implement the system of observation and inspection established under Article XXIV of this Convention;
- (h) carry out such other activities as are necessary to fulfil the objective of this Convention.

2. The conservation measures referred to in paragraph 1 (f) above include the following:

- (a) the designation of the quantity of any species which may be harvested in the area to which this Convention applies;
- (b) the designation of regions and sub-regions based on the distribution of populations of Antarctic marine living resources;
- (c) the designation of the quantity which may be harvested from the populations of regions and sub-regions;
- (d) the designation of protected species;

s'acquitter de ses fonctions et réaliser les objectifs de la Convention. Les privilèges et immunités dont la Commission et son personnel bénéficient sur le territoire d'un Etat Partie sont déterminés d'un commun accord par la Commission et l'Etat Partie intéressé.

Article IX

1. La Commission a pour fonction de mettre en œuvre les objectifs et les principes définis à l'Article II. A cette fin:

- a) elle facilite la recherche et les études exhaustives sur les ressources marines vivantes et l'écosystème marin de l'Antarctique;
- b) elle rassemble des données sur l'état et l'évolution des populations de ressources marines vivantes de l'Antarctique et sur les facteurs affectant la distribution, l'abondance et la productivité des espèces exploitées et des espèces ou populations dépendantes ou associées;
- c) elle veille à l'acquisition de données statistiques sur les prises et les efforts mis en œuvre en ce qui concerne les populations exploitées;
- d) elle analyse, diffuse et publie les informations visées aux alinéas b) et c), et les rapports du Comité scientifique;
- e) elle détermine les besoins en matière de conservation et analyse l'efficacité des mesures de conservation;
- f) elle élabore des mesures de conservation, les adopte et les révisé sur la base des meilleures informations scientifiques disponibles, sous réserve des dispositions du paragraphe 5 du présent Article;
- g) elle met en œuvre le système d'observation et de contrôle décrit à l'Article XXIV;
- h) elle mène toute autre activité jugée nécessaire à la réalisation des objectifs de la présente Convention.

2. Les mesures de conservation visées à l'alinéa 1 f) portent sur:

- a) le volume de capture autorisé pour une espèce donnée dans la zone d'application de la Convention;
- b) la désignation de secteurs et de sous-secteurs selon la répartition des populations de ressources marines vivantes de l'Antarctique;
- c) le volume de capture autorisé pour les populations des secteurs et des sous-secteurs;
- d) la désignation des espèces protégées;

Zwecke dieses Übereinkommens notwendige Rechtsfähigkeit. Die der Kommission und ihrem Personal im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats zu gewährenden Vorrechte und Immunitäten werden zwischen der Kommission und dem betreffenden Vertragsstaat vereinbart.

Artikel IX

(1) Aufgabe der Kommission ist es, die in Artikel II dargelegten Ziele und Grundsätze zu verwirklichen. Zu diesem Zweck

- a) erleichtert sie die Forschung und eingehende Untersuchungen der lebenden Meeresschätze der Antarktis sowie des antarktischen Meeresökosystems;
- b) sammelt sie Daten über Zustand und Veränderungen von Populationen lebender Meeresschätze der Antarktis und über Faktoren, welche die Verteilung, die Häufigkeit und die Produktivität genutzter Arten und abhängiger oder verwandter Arten oder Populationen beeinflussen;
- c) sorgt sie für die Erfassung von statistischen Angaben über Fänge genutzter Populationen und die dabei eingesetzten Mittel;
- d) wertet sie die unter den Buchstaben b und c genannten Informationen sowie die Berichte des Wissenschaftlichen Ausschusses aus, verbreitet und veröffentlicht sie;
- e) stellt sie die Erhaltungsbedürfnisse fest und bewertet die Wirksamkeit von Erhaltungsmaßnahmen;
- f) erarbeitet sie Erhaltungsmaßnahmen, nimmt sie an und überprüft sie vorbehaltlich des Absatzes 5 auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse;
- g) verwirklicht sie das Beobachtungs- und Inspektionssystem nach Artikel XXIV;
- h) führt sie alle sonstigen, für die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens als notwendig erachteten Tätigkeiten durch.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe f bezeichneten Erhaltungsmaßnahmen umfassen

- a) Festlegung der Nutzungsquoten für jede Art, die im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens genutzt werden darf;
- b) Festlegung von Regionen und Unterregionen entsprechend der Verteilung von Populationen lebender Meeresschätze der Antarktis;
- c) Festlegung der Nutzungsquoten für die Populationen der Regionen und Unterregionen;
- d) Festlegung geschützter Arten;

- | | | |
|---|--|---|
| <p>(e) the designation of the size, age and, as appropriate, sex of species which may be harvested;</p> <p>(f) the designation of open and closed seasons for harvesting;</p> <p>(g) the designation of the opening and closing of areas, regions or sub-regions for purposes of scientific study or conservation, including special areas for protection and scientific study;</p> <p>(h) regulation of the effort employed and methods of harvesting, including fishing gear, with a view, inter alia, to avoiding undue concentration of harvesting in any region or sub-region;</p> <p>(i) the taking of such other conservation measures as the Commission considers necessary for the fulfilment of the objective of this Convention, including measures concerning the effects of harvesting and associated activities on components of the marine ecosystem other than the harvested populations.</p> | <p>e) la taille, l'âge et, le cas échéant, le sexe des individus d'une espèce pouvant être capturés;</p> <p>f) l'ouverture et la fermeture des périodes de capture autorisées;</p> <p>g) l'ouverture ou la fermeture de zones, secteurs ou sous-secteurs à des fins d'étude scientifique ou de conservation, y compris celles de zones spéciales destinées à la protection et à l'étude scientifique;</p> <p>h) la réglementation des méthodes de capture et des moyens mis en œuvre, y compris les engins de pêche, afin d'éviter, entre autres, une concentration excessive des captures dans un secteur ou dans un sous-secteur;</p> <p>i) les autres domaines où la Commission juge nécessaire d'intervenir en vue de la réalisation des objectifs de la Convention, y compris les effets des prises et des activités connexes sur des composants de l'écosystème marin autres que les populations exploitées.</p> | <p>e) Festlegung der Größe, des Alters und gegebenenfalls des Geschlechts der Arten, die genutzt werden dürfen;</p> <p>f) Festlegung der für die Nutzung freigegebenen Zeiten und der Schonzeiten;</p> <p>g) Festlegung der Öffnung und Sperrung von Gebieten, Regionen oder Unterregionen zum Zweck wissenschaftlicher Untersuchung oder der Erhaltung, einschließlich besonderer Gebiete, die Schutzzwecken und wissenschaftlichen Untersuchungen vorbehalten sind;</p> <p>h) Regelung der eingesetzten Fangkapazität und der Nutzungsmethoden, einschließlich der Fanggeräte, um unter anderem eine übermäßige Konzentration der Nutzung in einer bestimmten Region oder Unterregion zu vermeiden;</p> <p>i) Durchführung sonstiger Erhaltungsmaßnahmen, welche die Kommission zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens als notwendig erachtet, einschließlich Maßnahmen im Hinblick auf die Auswirkungen der Nutzung und damit zusammenhängender Tätigkeiten auf andere Bestandteile des Meeresökosystems als die genutzten Populationen.</p> |
|---|--|---|

3. The Commission shall publish and maintain a record of all conservation measures in force.

3. La Commission publie et tient à jour le répertoire de toutes les mesures de conservation en vigueur.

4. In exercising its functions under paragraph 1 above, the Commission shall take full account of the recommendations and advice of the Scientific Committee.

4. Dans l'exercice des fonctions définies au paragraphe 1 du présent Article, la Commission tient pleinement compte des recommandations et des avis du Comité scientifique.

5. The Commission shall take full account of any relevant measures or regulations established or recommended by the Consultative Meetings pursuant to Article IX of the Antarctic Treaty or by existing fisheries commissions responsible for species which may enter the area to which this Convention applies, in order that there shall be no inconsistency between the rights and obligations of a Contracting Party under such regulations or measures and conservation measures which may be adopted by the Commission.

5. La Commission tient pleinement compte des mesures ou réglementations pertinentes établies ou recommandées par les Réunions consultatives tenues conformément à l'Article IX du Traité sur l'Antarctique ou par les commissions de pêche existantes responsables d'espèces qui peuvent pénétrer dans la zone d'application de la Convention, afin qu'il n'y ait pas d'incompatibilité entre les droits et les obligations d'une Partie contractante résultant de ces mesures ou réglementations et les mesures de conservation qu'elle adopte elle-même.

6. Conservation measures adopted by the Commission in accordance with this Convention shall be implemented by Members of the Commission in the following manner:

6. Les mesures de conservation adoptées par la Commission en vertu de la présente Convention sont appliquées par les membres de la Commission de la manière suivante:

- | | | |
|--|--|---|
| <p>(a) the Commission shall notify conservation measures to all Members of the Commission;</p> <p>(b) conservation measures shall become binding upon all Members of the Commission 180 days after such notification, except as provided in sub-paragraphs (c) and (d) below;</p> <p>(c) if a Member of the Commission, within ninety days following the notification specified in sub-paragraph</p> | <p>a) La Commission notifie les mesures de conservation à tous les membres de la Commission;</p> <p>b) Les mesures de conservation deviennent obligatoires pour tous les membres de la Commission 180 jours après cette notification, sans préjudice des dispositions des alinéas c) et d) ci-après;</p> <p>c) Si, dans les 90 jours qui suivent la notification visée à l'alinéa a), un membre de la Commission informe</p> | <p>(3) Die Kommission legt ein Verzeichnis aller in Kraft befindlichen Erhaltungsmaßnahmen an und veröffentlicht es.</p> <p>(4) In Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Absatz 1 zieht die Kommission die Empfehlungen und den Rat des Wissenschaftlichen Ausschusses voll in Betracht.</p> <p>(5) Die Kommission zieht alle einschlägigen Maßnahmen oder Regelungen voll in Betracht, die auf den Beratenden Tagungen nach Artikel IX des Antarktis-Vertrags oder von bestehenden Fischereikommissionen vorgesehen oder empfohlen werden, die für Arten verantwortlich sind, die in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens eindringen können, damit zwischen den Rechten und Pflichten einer Vertragspartei im Rahmen dieser Regelungen oder Maßnahmen und den von der Kommission gegebenenfalls angenommenen Erhaltungsmaßnahmen kein Widerspruch entsteht.</p> <p>(6) Die von der Kommission nach diesem Übereinkommen angenommenen Erhaltungsmaßnahmen werden von den Mitgliedern der Kommission wie folgt durchgeführt:</p> <p>a) Die Kommission notifiziert die Erhaltungsmaßnahmen allen Mitgliedern der Kommission;</p> <p>b) vorbehaltlich der Buchstaben c und d werden die Erhaltungsmaßnahmen für alle Mitglieder der Kommission 180 Tage nach der Notifikation verbindlich;</p> <p>c) notifiziert ein Mitglied der Kommission innerhalb von neunzig Tagen nach der unter Buchstabe a angegebenen Noti-</p> |
|--|--|---|

(a), notifies the Commission that it is unable to accept the conservation measure, in whole or in part, the measure shall not, to the extent stated, be binding upon that Member of the Commission;

- (d) in the event that any Member of the Commission invokes the procedure set forth in sub-paragraph (c) above, the Commission shall meet at the request of any Member of the Commission to review the conservation measure. At the time of such meeting and within thirty days following the meeting, any Member of the Commission shall have the right to declare that it is no longer able to accept the conservation measure, in which case the Member shall no longer be bound by such measure.

Article X

1. The Commission shall draw the attention of any State which is not a Party to this Convention to any activity undertaken by its nationals or vessels which, in the opinion of the Commission, affects the implementation of the objective of this Convention.

2. The Commission shall draw the attention of all Contracting Parties to any activity which, in the opinion of the Commission, affects the implementation by a Contracting Party of the objective of this Convention or the compliance by that Contracting Party with its obligations under this Convention.

Article XI

The Commission shall seek to co-operate with Contracting Parties which may exercise jurisdiction in marine areas adjacent to the area to which this Convention applies in respect of the conservation of any stock or stocks of associated species which occur both within those areas and the area to which this Convention applies, with a view to harmonizing the conservation measures adopted in respect of such stocks.

Article XII

1. Decisions of the Commission on matters of substance shall be taken by consensus. The question of whether a matter is one of substance shall be treated as a matter of substance.

2. Decisions on matters other than those referred to in paragraph 1 above shall be taken by a simple majority of the Members of the Commission present and voting.

3. In Commission consideration of any item requiring a decision, it shall be made clear whether a regional economic integration organization will participate in the

celle-ci qu'il ne peut accepter, en totalité ou en partie, la mesure de conservation, cette mesure ne liera ce membre de la Commission que pour ce qu'il aura accepté;

- d) Au cas où un membre de la Commission invoque la procédure énoncée à l'alinéa c), la Commission se réunit à la demande de tout membre de la Commission afin de revoir la mesure de conservation. Lors de cette réunion et dans les 30 jours qui la suivent, tout membre de la Commission a le droit de déclarer qu'il n'est plus en état d'accepter la mesure de conservation, auquel cas ledit membre ne sera plus lié par la mesure en question.

Article X

1. La Commission attire l'attention de tout Etat qui n'est pas Partie à la présente Convention sur toute activité de ses ressortissants ou navires qui, de son point de vue, va à l'encontre de la réalisation des objectifs de la présente Convention.

2. La Commission attire l'attention de toutes les Parties contractantes sur toute activité qui, de son point de vue, est contraire à la réalisation par l'une des Parties contractantes des objectifs de la présente Convention ou au respect par elle des obligations qui lui sont imposées par la présente Convention.

Article XI

La Commission s'efforce de coopérer avec les Parties contractantes qui exerceraient une juridiction dans les zones marines adjacentes à la zone d'application de la Convention; pour ce qui a trait à la conservation d'un ou de plusieurs stocks d'espèces associées situés aussi bien dans ces zones que dans la zone d'application de la Convention, en vue d'harmoniser les mesures de conservation adoptées à l'égard de ces stocks.

Article XII

1. Les décisions de la Commission sur les questions de fond sont prises par consensus. La décision de traiter une question comme étant une question de fond est elle-même traitée comme une question de fond.

2. Les décisions sur des questions autres que celles visées au paragraphe 1 sont prises à la majorité simple des membres de la Commission présents et votants.

3. Lorsque la Commission examine une question qui requiert une décision, il est précisé si une organisation d'intégration économique régionale participera à la

fikation der Kommission, daß es die Erhaltungsmaßnahme ganz oder zum Teil nicht annehmen kann, so ist die Maßnahme für das betreffende Mitglied der Kommission in dem angegebenen Umfang nicht verbindlich;

- d) wendet ein Mitglied der Kommission das Verfahren nach Buchstabe c an, so tagt die Kommission auf Antrag eines Mitglieds der Kommission, um die Erhaltungsmaßnahme zu überprüfen. Während der Tagung und innerhalb von dreißig Tagen nach der Tagung hat jedes Mitglied der Kommission das Recht, zu erklären, daß es die Erhaltungsmaßnahme nicht mehr annehmen kann; in diesem Fall ist die Maßnahme für das betreffende Mitglied nicht mehr verbindlich.

Artikel X

(1) Die Kommission macht einen Staat, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, auf alle Tätigkeiten seiner Staatsangehörigen oder Fahrzeuge aufmerksam, die nach Ansicht der Kommission der Zielsetzung dieses Übereinkommens zuwiderlaufen.

(2) Die Kommission macht alle Vertragsparteien auf Tätigkeiten aufmerksam, die nach Ansicht der Kommission der Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens durch eine Vertragspartei oder der Erfüllung der Verpflichtungen dieser Vertragspartei nach diesem Übereinkommen zuwiderlaufen.

Artikel XI

Die Kommission ist darum bemüht, mit Vertragsstaaten, die in den an den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens angrenzenden Meeresgebieten Hoheitsgewalt ausüben, bei der Erhaltung einer oder mehrerer Bestände zur selben Gruppe gehörender, sowohl innerhalb dieser Gebiete als auch im Anwendungsbereich des Übereinkommens vorkommender Arten zusammenzuarbeiten, um die für diese Bestände angenommenen Erhaltungsmaßnahmen aufeinander abzustimmen.

Artikel XII

(1) Beschlüsse der Kommission über materielle Fragen werden mit Konsens gefaßt. Die Frage, ob es sich bei einer Angelegenheit um eine materielle Frage handelt, wird wie eine materielle Frage behandelt.

(2) Beschlüsse über andere als in Absatz 1 bezeichnete Fragen werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder der Kommission gefaßt.

(3) Bei Beratungen der Kommission über Fragen, die einen Beschluß erfordern, ist zu klären, ob eine Organisation eines regionalen wirtschaftlichen Zusam-

taking of the decision and, if so, whether any of its member States will also participate. The number of Contracting Parties so participating shall not exceed the number of member States of the regional economic integration organization which are Members of the Commission.

4. In the taking of decisions pursuant to this Article, a regional economic integration organization shall have only one vote.

Article XIII

1. The headquarters of the Commission shall be established at Hobart, Tasmania, Australia.

2. The Commission shall hold a regular annual meeting. Other meetings shall also be held at the request of one-third of its members and as otherwise provided in this Convention. The first meeting of the Commission shall be held within three months of the entry into force of this Convention, provided that among the Contracting Parties there are at least two States conducting harvesting activities within the area to which this Convention applies. The first meeting shall, in any event, be held within one year of the entry into force of this Convention. The Depositary shall consult with the signatory States regarding the first Commission meeting, taking into account that a broad representation of such States is necessary for the effective operation of the Commission.

3. The Depositary shall convene the first meeting of the Commission at the headquarters of the Commission. Thereafter, meetings of the Commission shall be held at its headquarters, unless it decides otherwise.

4. The Commission shall elect from among its members a Chairman and Vice-Chairman, each of whom shall serve for a term of two years and shall be eligible for re-election for one additional term. The first Chairman shall, however, be elected for an initial term of three years. The Chairman and Vice-Chairman shall not be representatives of the same Contracting Party.

5. The Commission shall adopt and amend as necessary the rules of procedure for the conduct of its meetings, except with respect to the matters dealt with in Article XII of this Convention.

6. The Commission may establish such subsidiary bodies as are necessary for the performance of its functions.

Article XIV

1. The Contracting Parties hereby establish the Scientific Committee for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources (hereinafter referred to as

prise de décision et, dans l'affirmative, si aucun de ses Etats membres y participera également. Dans ce cas, le nombre des Parties contractantes participant à la prise de décision ne doit pas dépasser le nombre des Etats membres de l'organisation d'intégration économique régionale qui sont membres de la Commission.

4. Lorsqu'une décision est prise aux termes du présent Article une organisation d'intégration économique régionale ne dispose que d'une voix.

Article XIII

1. Le siège de la Commission sera établi à Hobart, Tasmanie, Australie.

2. La Commission tient chaque année une session ordinaire. Elle peut également se réunir en session autre que la session annuelle à la demande d'un tiers de ses membres et dans les conditions prévues par ailleurs dans la présente Convention. La première réunion de la Commission se tiendra dans les 3 mois suivant l'entrée en vigueur de la présente Convention, à condition que parmi les Parties contractantes figurent au moins deux Etats qui se livrent à des activités de capture dans la zone d'application de la Convention. En tout état de cause, la première réunion aura lieu dans l'année suivant l'entrée en vigueur. Le Dépositaire consultera les Etats signataires au sujet de la première réunion de la Commission, en tenant compte de la nécessité d'une large représentation de ces Etats pour le bon fonctionnement de la Commission.

3. Le Dépositaire convoquera la première réunion de la Commission au siège de celle-ci. Ultérieurement, les réunions de la Commission se tiendront à son siège, à moins qu'elle n'en décide autrement.

4. La Commission élira parmi ses membres un Président et un Vice-Président dont le mandat sera de deux ans, renouvelable une seule fois. Cependant, le mandat initial du premier Président sera d'une durée de trois ans. Le Président et le Vice-Président ne pourront être les représentants d'une même Partie contractante.

5. La Commission adoptera et modifiera en tant que de besoin le règlement intérieur de ses réunions, sauf en ce qui concerne les questions qui font l'objet de l'Article XII de la présente Convention.

6. La Commission peut établir les organes subsidiaires qu'elle estime nécessaires à l'exercice de ses fonctions.

Article XIV

1. Il est institué par les Parties contractantes un Comité scientifique pour la conservation de la faune et de la flore marines de l'Antarctique, ci-après

menschlusses an der Beschlußfassung teilnehmen soll und, wenn ja, ob ihre Mitgliedstaaten ebenfalls teilnehmen. Die Anzahl der an der Beschlußfassung teilnehmenden Vertragsparteien darf die Anzahl der Mitgliedstaaten der Organisation eines regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, die Mitglieder der Kommission sind, nicht überschreiten.

(4) Bei der Beschlußfassung nach diesem Artikel hat eine Organisation eines regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses nur eine Stimme.

Artikel XIII

(1) Die Kommission hat ihren Sitz in Hobart, Tasmanien, Australien.

(2) Die Kommission hält jährlich eine ordentliche Tagung ab. Weitere Tagungen können auf Antrag eines Drittels ihrer Mitglieder und soweit in diesem Übereinkommen sonst vorgesehen abgehalten werden. Die erste Tagung der Kommission wird innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens abgehalten, sofern sich unter den Vertragsparteien mindestens zwei Staaten befinden, die im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens Nutzung betreiben. Die erste Tagung wird auf jeden Fall innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Übereinkommens abgehalten. Der Verwahrer konsultiert die Unterzeichnerstaaten wegen der ersten Tagung der Kommission, wobei er berücksichtigt, daß für eine wirksame Arbeit der Kommission eine große Anzahl dieser Staaten vertreten sein muß.

(3) Der Verwahrer beruft die erste Tagung der Kommission am Sitz der Kommission ein. Danach werden die Tagungen der Kommission an ihrem Sitz abgehalten, sofern sie nicht etwas anderes beschließt.

(4) Die Kommission wählt unter ihren Mitgliedern einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden für eine Amtszeit von je zwei Jahren; sie können einmal wiedergewählt werden. Der erste Vorsitzende wird jedoch für eine erste Amtszeit von drei Jahren gewählt. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende dürfen nicht Vertreter derselben Vertragspartei sein.

(5) Die Kommission gibt sich für ihre Tagungen eine Geschäftsordnung, die sie nach Bedarf ändert; von der Geschäftsordnung ausgenommen sind Fragen nach Artikel XII.

(6) Die Kommission kann die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen nachgeordneten Gremien einsetzen.

Artikel XIV

(1) Die Vertragsparteien setzen hiermit den Wissenschaftlichen Ausschuß zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis ein (im folgenden als „Wissen-

"the Scientific Committee") which shall be a consultative body to the Commission. The Scientific Committee shall normally meet at the headquarters of the Commission unless the Scientific Committee decides otherwise.

2. Each Member of the Commission shall be a member of the Scientific Committee and shall appoint a representative with suitable scientific qualifications who may be accompanied by other experts and advisers.

3. The Scientific Committee may seek the advice of other scientists and experts as may be required on an ad hoc basis.

Article XV

1. The Scientific Committee shall provide a forum for consultation and co-operation concerning the collection, study and exchange of information with respect to the marine living resources to which this Convention applies. It shall encourage and promote co-operation in the field of scientific research in order to extend knowledge of the marine living resources of the Antarctic marine ecosystem.

2. The Scientific Committee shall conduct such activities as the Commission may direct in pursuance of the objective of this Convention and shall:

- (a) establish criteria and methods to be used for determinations concerning the conservation measures referred to in Article IX of this Convention;
- (b) regularly assess the status and trends of the populations of Antarctic marine living resources;
- (c) analyse data concerning the direct and indirect effects of harvesting on the populations of Antarctic marine living resources;
- (d) assess the effects of proposed changes in the methods or levels of harvesting and proposed conservation measures;
- (e) transmit assessments, analyses, reports and recommendations to the Commission as requested or on its own initiative regarding measures and research to implement the objective of this Convention;
- (f) formulate proposals for the conduct of international and national programs of research into Antarctic marine living resources.

3. In carrying out its functions, the Scientific Committee shall have regard to the work of other relevant technical and scientific organizations and to the scien-

dénommé «Comité scientifique», organe consultatif placé auprès de la Commission. Il se réunit normalement au siège de la Commission, à moins qu'il n'en décide autrement.

2. Chaque membre de la Commission est membre du Comité scientifique et y nomme un représentant ayant les compétences scientifiques appropriées, qui peut être accompagné le cas échéant d'autres experts ou conseillers.

3. Le Comité scientifique peut, sur une base ad hoc, solliciter l'avis d'autres savants ou experts.

Article XV

1. Le Comité scientifique est un organe de consultation et de coopération pour la collecte, l'étude et l'échange d'informations sur les ressources marines vivantes auxquelles la présente Convention s'applique. Il encourage et favorise la coopération dans le domaine de la recherche scientifique afin d'étendre les connaissances sur les ressources marines vivantes de l'écosystème marin de l'Antarctique.

2. Le Comité scientifique mène les activités dont la Commission le charge conformément aux objectifs de la présente Convention:

- a) il définit les critères et les méthodes applicables pour l'élaboration des mesures de conservation visées à l'Article IX;
- b) il procède à des évaluations régulières de l'état et des tendances des populations de ressources marines vivantes de l'Antarctique;
- c) il analyse les données relatives aux effets directs et indirects de la capture sur les populations de ressources marines vivantes de l'Antarctique;
- d) il évalue les incidences des modifications proposées en matière de méthodes ou de niveaux de capture et des mesures de conservation projetées;
- e) il transmet à la Commission, sur demande ou de sa propre initiative, des estimations, analyses, rapports et recommandations concernant les mesures et les recherches nécessaires à la réalisation des objectifs de la présente Convention;
- f) il formule des propositions pour la mise en œuvre des programmes de recherche nationaux ou internationaux sur les ressources marines vivantes de l'Antarctique.

3. Dans l'exercice de ses fonctions, le Comité scientifique tient compte des travaux des autres organisations scientifiques et techniques compétentes et des

schafflicher Ausschuß" bezeichnet), er ist ein beratendes Gremium der Kommission. Der Wissenschaftliche Ausschuß tagt in der Regel am Sitz der Kommission, sofern er nicht etwas anderes beschließt.

(2) Jedes Mitglied der Kommission ist Mitglied des Wissenschaftlichen Ausschusses und ernannt einen Vertreter mit einschlägigen wissenschaftlichen Fähigkeiten, der von weiteren Sachverständigen und Beratern begleitet werden kann.

(3) Der Wissenschaftliche Ausschuß kann von Fall zu Fall je nach Bedarf den Rat sonstiger Wissenschaftler und Sachverständiger einholen.

Artikel XV

(1) Der Wissenschaftliche Ausschuß bildet ein Forum für Beratung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sammlung, Untersuchung und des Austausches von Informationen über die lebenden Meeres-schätze, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet. Er ermutigt und fördert die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, um die Kenntnisse über die lebenden Meeres-schätze des antarktischen Meeresöko-systems zu erweitern.

(2) Der Wissenschaftliche Ausschuß nimmt die Tätigkeiten wahr, welche die Kommission ihm in Übereinstimmung mit den Zielen dieses Übereinkommens zuweist:

- a) Er legt Maßstäbe und Verfahren für die Erarbeitung von Erhaltungsmaßnahmen nach Artikel IX fest;
- b) er beurteilt regelmäßig den Zustand und die Entwicklung von Populationen lebender Meeresschätze der Antarktis;
- c) er wertet die Daten über die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der Nutzung auf die Populationen lebender Meeresschätze der Antarktis aus;
- d) er beurteilt die Auswirkungen beabsichtigter Änderungen der Nutzungsmethoden oder -mengen und beabsichtigter Erhaltungsmaßnahmen;
- e) er übermittelt der Kommission auf Antrag oder aus eigenem Entschluß Beurteilungen, Bewertungen, Berichte und Empfehlungen über Maßnahmen und Forschungsarbeiten zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens;
- f) er formuliert Vorschläge für die Durchführung internationaler und nationaler Programme zur Erforschung der lebenden Meeresschätze der Antarktis.

(3) In Wahrnehmung seiner Aufgaben berücksichtigt der Wissenschaftliche Ausschuß die Arbeit anderer einschlägiger wissenschaftlicher und technischer

tific activities conducted within the framework of the Antarctic Treaty.

Article XVI

1. The first meeting of the Scientific Committee shall be held within three months of the first meeting of the Commission. The Scientific Committee shall meet thereafter as often as may be necessary to fulfil its functions.

2. The Scientific Committee shall adopt and amend as necessary its rules of procedure. The rules and any amendments thereto shall be approved by the Commission. The rules shall include procedures for the presentation of minority reports.

3. The Scientific Committee may establish, with the approval of the Commission, such subsidiary bodies as are necessary for the performance of its functions.

Article XVII

1. The Commission shall appoint an Executive Secretary to serve the Commission and Scientific Committee according to such procedures and on such terms and conditions as the Commission may determine. His term of office shall be for four years and he shall be eligible for reappointment.

2. The Commission shall authorize such staff establishment for the Secretariat as may be necessary and the Executive Secretary shall appoint, direct and supervise such staff according to such rules and procedures and on such terms and conditions as the Commission may determine.

3. The Executive Secretary and Secretariat shall perform the functions entrusted to them by the Commission.

Article XVIII

The official languages of the Commission and of the Scientific Committee shall be English, French, Russian and Spanish.

Article XIX

1. At each annual meeting, the Commission shall adopt by consensus its budget and the budget of the Scientific Committee.

2. A draft budget for the Commission and the Scientific Committee and any subsidiary bodies shall be prepared by the Executive Secretary and submitted to the Members of the Commission at least sixty days before the annual meeting of the Commission.

3. Each Member of the Commission shall contribute to the budget. Until the expiration of five years after the entry into

activités scientifiques menées dans le cadre du Traité sur l'Antarctique.

Article XVI

1. Le Comité scientifique tient sa première réunion dans les trois mois qui suivent la première réunion de la Commission. Par la suite, le Comité scientifique se réunit aussi souvent que l'exercice de ses fonctions l'exige.

2. Le Comité scientifique adopte et amende, le cas échéant, son règlement intérieur. Ce règlement intérieur, ainsi que tout amendement subséquent, est approuvé par la Commission. Il doit prévoir la présentation de rapports rédigés par une minorité de membres.

3. Le Comité scientifique, avec l'accord de la Commission, peut créer les organes subsidiaires nécessaires à l'accomplissement de ses fonctions.

Article XVII

1. La Commission nomme un Secrétaire exécutif pour assurer son fonctionnement et celui du Comité scientifique, selon les procédures et dans les conditions qu'elle définit. Son mandat est de quatre ans et peut être renouvelé.

2. La Commission approuve, en tant que de besoin, l'organigramme du personnel du Secrétariat et le Secrétaire exécutif nommé, dirige et supervise ce personnel selon les règles et procédures et dans les conditions définies par la Commission.

3. Le Secrétaire exécutif et le Secrétariat exercent les fonctions qui leur sont confiées par la Commission.

Article XVIII

Les langues officielles de la Commission et du Comité scientifique sont l'anglais, l'espagnol, le français et le russe.

Article XIX

1. Lors de chaque réunion annuelle, la Commission adopte à l'unanimité son budget et celui du Comité scientifique.

2. Le Projet de budget de la Commission, du Comité scientifique et de tout organe subsidiaire est établi par le Secrétaire exécutif et soumis aux membres de la Commission au moins soixante jours avant la réunion annuelle de la Commission.

3. Chaque membre de la Commission contribue au budget. Jusqu'à expiration d'un délai de cinq ans après l'entrée en

Organisationen sowie wissenschaftliche Tätigkeiten, die im Rahmen des Antarktistravergs durchgeführt werden.

Artikel XVI

(1) Die erste Tagung des Wissenschaftlichen Ausschusses wird innerhalb von drei Monaten nach der ersten Tagung der Kommission abgehalten. Danach tagt der Wissenschaftliche Ausschuss so oft, wie es zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist.

(2) Der Wissenschaftliche Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung, die er nach Bedarf ändert. Die Geschäftsordnung und etwaige Änderungen bedürfen der Genehmigung der Kommission. Die Geschäftsordnung muß ein Verfahren für die Vorlage von Berichten einer Minderheit von Mitgliedern enthalten.

(3) Der Wissenschaftliche Ausschuss kann mit Zustimmung der Kommission die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendigen nachgeordneten Gremien einsetzen.

Artikel XVII

(1) Die Kommission ernennt einen Exekutivsekretär, der der Kommission und dem Wissenschaftlichen Ausschuss nach Maßgabe der von der Kommission festgelegten Verfahren, Vorschriften und Bedingungen zur Verfügung steht. Seine Amtszeit beträgt vier Jahre; er kann wiedervernannt werden.

(2) Die Kommission genehmigt das für das Sekretariat notwendige Personal, und der Exekutivsekretär ernennt, leitet und überwacht dieses Personal nach Maßgabe der von der Kommission festgelegten Verfahren, Vorschriften und Bedingungen.

(3) Der Exekutivsekretär und das Sekretariat nehmen die Aufgaben wahr, mit denen sie von der Kommission betraut werden.

Artikel XVIII

Die Amtssprachen der Kommission und des Wissenschaftlichen Ausschusses sind Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

Artikel XIX

(1) Auf jeder Jahrestagung nimmt die Kommission ihren Haushalt und den des Wissenschaftlichen Ausschusses im Konsens an.

(2) Der Haushaltsentwurf für die Kommission und den Wissenschaftlichen Ausschuss und alle nachgeordneten Gremien wird vom Exekutivsekretär ausgearbeitet und den Mitgliedern der Kommission spätestens sechzig Tage vor der Jahrestagung der Kommission vorgelegt.

(3) Jedes Mitglied der Kommission leistet einen Beitrag zum Haushalt. Bis zum Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten

force of this Convention, the contribution of each Member of the Commission shall be equal. Thereafter the contribution shall be determined in accordance with two criteria: the amount harvested and an equal sharing among all Members of the Commission. The Commission shall determine by consensus the proportion in which these two criteria shall apply.

4. The financial activities of the Commission and Scientific Committee shall be conducted in accordance with financial regulations adopted by the Commission and shall be subject to an annual audit by external auditors selected by the Commission.

5. Each Member of the Commission shall meet its own expenses arising from attendance at meetings of the Commission and of the Scientific Committee.

6. A Member of the Commission that fails to pay its contributions for two consecutive years shall not, during the period of its default, have the right to participate in the taking of decisions in the Commission.

Article XX

1. The Members of the Commission shall, to the greatest extent possible, provide annually to the Commission and to the Scientific Committee such statistical, biological and other data and information as the Commission and Scientific Committee may require in the exercise of their functions.

2. The Members of the Commission shall provide, in the manner and at such intervals as may be prescribed, information about their harvesting activities, including fishing areas and vessels, so as to enable reliable catch and effort statistics to be compiled.

3. The Members of the Commission shall provide to the Commission at such intervals as may be prescribed information on steps taken to implement the conservation measures adopted by the Commission.

4. The Members of the Commission agree that in any of their harvesting activities, advantage shall be taken of opportunities to collect data needed to assess the impact of harvesting.

Article XXI

1. Each Contracting Party shall take appropriate measures within its competence to ensure compliance with the provisions of this Convention and with conservation measures adopted by the Commission to which the Party is bound in accordance with Article IX of this Convention.

vigueur de la présente Convention, les contributions de chaque membre de la Commission sont égales. Ensuite, le montant des contributions est déterminé selon les deux critères suivants: l'importance des captures et une participation égale de tous les membres de la Commission. La Commission fixe à l'unanimité la proportion dans laquelle ces deux critères sont appliqués.

4. Les opérations financières de la Commission et du Comité scientifique sont menées conformément au règlement financier adopté par la Commission et font l'objet d'une vérification annuelle de la part de commissaires aux comptes choisis à l'extérieur par la Commission.

5. Chaque membre de la Commission subvient lui-même aux dépenses qu'il encourt du fait de sa participation aux réunions de la Commission et du Comité scientifique.

6. Un membre de la Commission qui, pendant deux années consécutives, manque au versement de ses contributions, n'aura pas le droit, jusqu'à paiement de ses arriérés, de participer à la prise de décision à la Commission.

Article XX

1. Dans toute la mesure du possible, les membres de la Commission communiquent annuellement à la Commission et au Comité scientifique les données statistiques, biologiques et autres et les renseignements dont la Commission et le Comité scientifique pourraient avoir besoin dans l'exercice de leurs fonctions.

2. Les membres de la Commission communiquent, de la manière et aux intervalles prescrits, des informations sur leurs activités de capture, y compris sur les zones de pêche et les navires, de sorte que des statistiques fiables concernant les prises et les moyens mis en œuvre puissent être rassemblées.

3. Les membres de la Commission communiquent à cette dernière, aux intervalles prescrits par elle, des renseignements sur les dispositions prises pour mettre en œuvre les mesures de conservation adoptées par la Commission.

4. Les membres de la Commission conviennent de profiter de leurs opérations de capture pour rassembler les données nécessaires à l'évaluation des effets des prises.

Article XXI

1. Chaque Partie contractante prend, dans les limites de sa compétence, les mesures appropriées pour assurer le respect des dispositions de la présente Convention et des mesures de conservation adoptées par la Commission qu'elle est tenue d'appliquer aux termes de l'Article IX.

dieses Übereinkommens leisten die Mitglieder der Kommission gleich hohe Beiträge. Danach werden die Beiträge nach den beiden folgenden Gesichtspunkten berechnet: die Höhe der Fänge und eine gerechte Beteiligung aller Mitglieder der Kommission. Die Kommission legt im Konsens fest, zu welchem Anteil diese beiden Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

(4) Die Finanzgeschäfte der Kommission und des Wissenschaftlichen Ausschusses werden nach den von der Kommission angenommenen Finanzvorschriften geführt und unterliegen einer jährlichen Rechnungsprüfung durch außenstehende Rechnungsprüfer, die von der Kommission ausgewählt werden.

(5) Jedes Mitglied der Kommission trägt seine eigenen Kosten, die durch seine Teilnahme an den Tagungen der Kommission und des Wissenschaftlichen Ausschusses entstehen.

(6) Hat ein Mitglied der Kommission in zwei aufeinanderfolgenden Jahren seine Beiträge nicht bezahlt, so ist es, solange es sich in Verzug befindet, nicht berechtigt, an der Beschlußfassung in der Kommission teilzunehmen.

Artikel XX

(1) Die Mitglieder der Kommission legen der Kommission und dem Wissenschaftlichen Ausschuß jährlich die von diesen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gegebenenfalls benötigten statistischen, biologischen und sonstigen Angaben und Informationen im größtmöglichen Umfang vor.

(2) Die Mitglieder der Kommission erteilen in der Form und innerhalb der Fristen, die vorgeschrieben werden können, Informationen über ihre Nutzung, einschließlich der Fanggebiete und Fischereifahrzeuge, damit zuverlässige Statistiken über die Fänge und die eingesetzten Mittel gesammelt werden können.

(3) Die Mitglieder der Kommission erteilen der Kommission innerhalb der Fristen, die vorgeschrieben werden können, Informationen über ihre Vorkehrungen zur Durchführung der von der Kommission angenommenen Erhaltungsmaßnahmen.

(4) Die Mitglieder der Kommission kommen überein, daß sie bei allen ihren Nutzungen die Gelegenheit wahrnehmen werden, Daten zu sammeln, die zu einer Beurteilung der Auswirkung der Nutzungen notwendig sind.

Artikel XXI

(1) Jede Vertragspartei ergreift im Rahmen ihrer Hoheitsgewalt geeignete Maßnahmen, um für die Einhaltung dieses Übereinkommens und der von der Kommission angenommenen Erhaltungsmaßnahmen zu sorgen, soweit sie für die Vertragspartei nach Artikel IX dieses Übereinkommens verbindlich sind.

2. Each Contracting Party shall transmit to the Commission information on measures taken pursuant to paragraph 1 above, including the imposition of sanctions for any violation.

Article XXII

1. Each Contracting Party undertakes to exert appropriate efforts, consistent with the Charter of the United Nations, to the end that no one engages in any activity contrary to the objective of this Convention.

2. Each Contracting Party shall notify the Commission of any such activity which comes to its attention.

Article XXIII

1. The Commission and the Scientific Committee shall co-operate with the Antarctic Treaty Consultative Parties on matters falling within the competence of the latter.

2. The Commission and the Scientific Committee shall co-operate, as appropriate, with the Food and Agriculture Organization of the United Nations and with other Specialised Agencies.

3. The Commission and the Scientific Committee shall seek to develop co-operative working relationships, as appropriate, with inter-governmental and non-governmental organizations which could contribute to their work, including the Scientific Committee on Antarctic Research, the Scientific Committee on Oceanic Research and the International Whaling Commission.

4. The Commission may enter into agreements with the organizations referred to in this Article and with other organizations as may be appropriate. The Commission and the Scientific Committee may invite such organizations to send observers to their meetings and to meetings of their subsidiary bodies.

Article XXIV

1. In order to promote the objective and ensure observance of the provisions of this Convention, the Contracting Parties agree that a system of observation and inspection shall be established.

2. The system of observation and inspection shall be elaborated by the Commission on the basis of the following principles:

(a) Contracting Parties shall co-operate with each other to ensure the effective implementation of the system of observation and inspection, taking account of the existing international practice. This system shall include, inter alia,

2. Chaque Partie contractante communie à la Commission des renseignements sur les mesures prises en application du paragraphe 1, y compris sur les sanctions appliquées en cas d'infraction.

Article XXII

1. Chaque Partie contractante s'engage à déployer les efforts appropriés, dans le respect de la Charte des Nations Unies, afin d'empêcher quiconque de mener des activités qui aillent à l'encontre des objectifs de la présente Convention.

2. Chaque Partie contractante informe la Commission des activités contraires à la Convention dont elle a connaissance.

Article XXIII

1. La Commission et le Comité scientifique coopèrent avec les Parties consultatives au Traité sur l'Antarctique pour les questions qui sont de la compétence de ces dernières.

2. La Commission et le Comité scientifique coopèrent, le cas échéant, avec l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture et les autres institutions spécialisées.

3. La Commission et le Comité scientifique s'efforcent d'établir, le cas échéant, des relations de coopération avec les organisations intergouvernementales et non gouvernementales qui pourraient contribuer à leurs travaux, notamment avec le Comité scientifique sur la recherche antarctique, le Comité scientifique pour les recherches océaniques et la Commission internationale de la chasse à la baleine.

4. La Commission peut conclure des accords avec les organisations visées au présent Article et, au besoin, avec d'autres organisations. La Commission et le Comité scientifique peuvent inviter ces organisations à envoyer des observateurs à leurs réunions ou à celles de leurs organes subsidiaires.

Article XXIV

1. Les Parties contractantes conviennent de créer un système d'observation et de contrôle pour promouvoir les objectifs de la présente Convention et en faire respecter les dispositions.

2. La Commission organise le système d'observation et de contrôle sur la base des principes suivants:

a) Les Parties contractantes collaborent entre elles pour assurer une mise en œuvre efficace du système d'observation et de contrôle, compte tenu des pratiques internationales existantes. Ce système comporte notamment des procédures relatives à la visite à bord

(2) Jede Vertragspartei macht der Kommission Mitteilung über die nach Absatz 1 ergriffenen Maßnahmen, einschließlich der Verhängung von Sanktionen bei Verstößen.

Artikel XXII

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, geeignete, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehende Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, daß eine Tätigkeit entgegen den Zielen dieses Übereinkommens aufgenommen wird.

(2) Jede Vertragspartei unterrichtet die Kommission von derartigen Tätigkeiten, die ihr zur Kenntnis gebracht werden.

Artikel XXIII

(1) Die Kommission und der Wissenschaftliche Ausschuß arbeiten mit den Beratenden Vertragsparteien des Antarktisch-Vertrags in den Fragen zusammen, die in deren Zuständigkeitsbereich fallen.

(2) Die Kommission und der Wissenschaftliche Ausschuß arbeiten gegebenenfalls mit der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft sowie mit anderen Sonderorganisationen zusammen.

(3) Die Kommission und der Wissenschaftliche Ausschuß bemühen sich, gegebenenfalls mit zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die an ihrer Arbeit mitwirken könnten, Arbeitsbeziehungen herzustellen, einschließlich des Wissenschaftlichen Ausschusses für Antarktis-Forschung, des Wissenschaftlichen Ausschusses für Meeresforschung und der Internationalen Walfang-Kommission.

(4) Die Kommission kann mit den in diesem Artikel bezeichneten Organisationen und gegebenenfalls mit anderen Organisationen Vereinbarungen schließen. Die Kommission und der Wissenschaftliche Ausschuß können diese Organisationen auffordern, zu ihren Tagungen und zu den Tagungen ihrer nachgeordneten Gremien Beobachter zu entsenden.

Artikel XXIV

(1) Um die Ziele dieses Übereinkommens zu erreichen und die Einhaltung seiner Bestimmungen zu gewährleisten, kommen die Vertragsparteien überein, ein Beobachtungs- und Inspektionssystem zu errichten.

(2) Das Beobachtungs- und Inspektionssystem wird von der Kommission auf folgenden Grundsätzen aufgebaut:

a) Die Vertragsparteien arbeiten miteinander zusammen, um dafür Sorge zu tragen, daß das Beobachtungs- und Inspektionssystem unter Berücksichtigung der geltenden internationalen Gepflogenheiten wirksam in Kraft gesetzt wird. Dieses System umfaßt un-

procedures for boarding and inspection by observers and inspectors designated by the Members of the Commission and procedures for flag state prosecution and sanctions on the basis of evidence resulting from such boarding and inspections. A report of such prosecutions and sanctions imposed shall be included in the information referred to in Article XXI of this Convention;

- (b) in order to verify compliance with measures adopted under this Convention, observation and inspection shall be carried out on board vessels engaged in scientific research or harvesting of marine living resources in the area to which this Convention applies, through observers and inspectors designated by the Members of the Commission and operating under terms and conditions to be established by the Commission;
- (c) designated observers and inspectors shall remain subject to the jurisdiction of the Contracting Party of which they are nationals. They shall report to the Member of the Commission by which they have been designated which in turn shall report to the Commission.

3. Pending the establishment of the system of observation and inspection, the Members of the Commission shall seek to establish interim arrangements to designate observers and inspectors and such designated observers and inspectors shall be entitled to carry out inspections in accordance with the principles set out in paragraph 2 above.

Article XXV

1. If any dispute arises between two or more of the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, those Contracting Parties shall consult among themselves with a view to having the dispute resolved by negotiation, inquiry, mediation, conciliation, arbitration, judicial settlement or other peaceful means of their own choice.

2. Any dispute of this character not so resolved shall, with the consent in each case of all Parties to the dispute, be referred for settlement to the International Court of Justice or to arbitration; but failure to reach agreement on reference to the International Court or to arbitration shall not absolve Parties to the dispute from the responsibility of continuing to seek to resolve it by any of the various peaceful means referred to in paragraph 1 above.

et à l'inspection par des observateurs et inspecteurs désignés par les membres de la Commission et des procédures relatives aux poursuites engagées et aux sanctions appliquées par l'Etat du pavillon sur la base des preuves recueillies au cours de ces visites à bord et de ces inspections. Un rapport sur ces poursuites et sur les sanctions imposées doit être inclus dans les renseignements visés à l'Article XXI;

- b) Pour vérifier si les mesures adoptées aux termes de la présente Convention sont dûment respectées, l'observation et le contrôle sont effectués à bord des navires qui se livrent à des opérations de recherche scientifique ou de capture de ressources marines vivantes dans la zone d'application de la Convention, par des observateurs et des inspecteurs désignés par les membres de la Commission et opérant dans des conditions à définir par la Commission;
- c) Les observateurs et les inspecteurs désignés restent soumis à la juridiction de la Partie contractante dont ils sont les ressortissants. Ils font rapport au membre de la Commission qui les a désignés et qui, à son tour, fait rapport à la Commission.

3. En attendant la mise en place du système d'observation et de contrôle, les membres de la Commission s'efforceront de prendre des dispositions provisoires pour désigner des observateurs et des inspecteurs et ceux-ci seront habilités à effectuer des contrôles dans les conditions stipulées au paragraphe 2 du présent Article.

Article XXV

1. En cas de différend entre deux ou plusieurs Parties contractantes sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention, ces Parties contractantes se consulteront en vue de régler le différend par voie de négociation, d'enquête, de médiation, de conciliation, d'arbitrage, de règlement judiciaire ou par tout autre moyen pacifique de leur choix.

2. Tout différend de cette nature qui n'aura pu ainsi être réglé sera, avec dans chaque cas l'assentiment de toutes les Parties en cause, porté devant la Cour internationale de Justice ou soumis à l'arbitrage; cependant, l'impossibilité de parvenir à un accord sur le choix de l'une ou l'autre de ces voies de recours ne dispensera pas les Parties en cause de l'obligation de continuer à rechercher une solution à leur différend par l'un quelconque des modes de règlement pacifique mentionnés au paragraphe 1 du présent Article.

ter anderem Verfahren zum Betreten der Fahrzeuge und Inspektionen durch die von den Mitgliedern der Kommission bezeichneten Beobachter und Inspektoren sowie Verfahren für strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen durch den Flaggenstaat anhand von Beweismaterial, das beim Betreten der Fahrzeuge und bei den Inspektionen sichergestellt worden ist. Den Informationen nach Artikel XXI ist ein Bericht über die strafrechtlichen Verfolgungen und verhängten Sanktionen beizufügen;

- b) um die Einhaltung der im Rahmen dieses Übereinkommens angenommenen Maßnahmen zu überprüfen, werden Beobachtungen und Inspektionen an Bord der Fahrzeuge, die sich im Anwendungsbereich des Übereinkommens mit wissenschaftlicher Forschung oder mit der Nutzung lebender Meeresschätze befassen, von Beobachtern und Inspektoren durchgeführt, die von den Mitgliedern der Kommission bezeichnet und unter den von der Kommission festgelegten Bedingungen tätig sind;
- c) die bezeichneten Beobachter und Inspektoren unterstehen nur der Hoheitsgewalt der Vertragspartei, deren Staatsangehörige sie sind. Sie erstatten dem Mitglied der Kommission Bericht, von dem sie bezeichnet worden sind und das seinerseits der Kommission Bericht erstattet.

(3) Bis zur Errichtung des Beobachtungs- und Inspektionssystems bemühen sich die Mitglieder der Kommission, einstweilige Vorkehrungen zur Bezeichnung der Beobachter und Inspektoren zu treffen; diese bezeichneten Beobachter und Inspektoren sind berechtigt, nach den in Absatz 2 dargelegten Grundsätzen Inspektionen durchzuführen.

Artikel XXV

(1) Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so konsultieren die betreffenden Vertragsparteien einander, um die Streitigkeit durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsverfahren, gerichtliche Beilegung oder sonstige friedliche Mittel ihrer Wahl beizulegen.

(2) Jede derartige Streitigkeit, die nicht auf diese Weise beigelegt werden kann, wird – jeweils mit Zustimmung aller Streitparteien – dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt oder einem Schiedsverfahren unterworfen; wird keine Einigkeit über die Vorlage an den Internationalen Gerichtshof oder über ein Schiedsverfahren erzielt, so sind die Streitparteien nicht von der Verpflichtung befreit, sich weiterhin zu bemühen, die Streitigkeit durch eines der verschiedenen, in Absatz 1 genannten friedlichen Mittel beizulegen.

3. In cases where the dispute is referred to arbitration, the arbitral tribunal shall be constituted as provided in the Annex to this Convention.

Article XXVI

1. This Convention shall be open for signature at Canberra from 1 August to 31 December 1980 by the States participating in the Conference on the Conservation of Antarctic Marine Living Resources held at Canberra from 7 to 20 May 1980.

2. The States which so sign will be the original signatory States of the Convention.

Article XXVII

1. This Convention is subject to ratification, acceptance or approval by signatory States.

2. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of Australia, hereby designated as the Depositary.

Article XXVIII

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the eighth instrument of ratification, acceptance or approval by States referred to in paragraph 1 of Article XXVI of this Convention.

2. With respect to each State or regional economic integration organization which subsequent to the date of entry into force of this Convention deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day following such deposit.

Article XXIX

1. This Convention shall be open for accession by any State interested in research or harvesting activities in relation to the marine living resources to which this Convention applies.

2. This Convention shall be open for accession by regional economic integration organizations constituted by sovereign States which include among their members one or more States Members of the Commission and to which the States members of the organization have transferred, in whole or in part, competences with regard to the matters covered by this Convention. The accession of such regional economic integration organizations shall be the subject of consultations among Members of the Commission.

3. Lorsque le différend est soumis à l'arbitrage, le tribunal arbitral sera constitué conformément aux dispositions de l'Annexe à la présente Convention.

Article XXVI

1. La présente Convention est ouverte à la signature à Canberra du 1^{er} août au 31 décembre 1980 par les Etats participant à la Conférence sur la conservation des ressources marines vivantes de l'Antarctique qui s'est déroulée à Canberra du 7 au 20 mai 1980.

2. Les Etats ayant ainsi signé la Convention sont les Etats signataires originels de la Convention.

Article XXVII

1. La présente Convention est soumise à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des Etats signataires.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de l'Australie, désigné comme Dépositaire.

Article XXVIII

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour suivant la date du dépôt du huitième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation par les Etats visés à l'Article XXVI, paragraphe 1.

2. Pour chaque Etat ou chaque organisation d'intégration économique régionale qui, après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, dépose un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour suivant ce dépôt.

Article XXIX

1. La présente Convention est ouverte à l'adhésion de tout Etat s'intéressant aux activités de recherche ou de capture en matière de ressources marines vivantes auxquelles s'applique la présente Convention.

2. La présente Convention est ouverte à l'adhésion d'organisations d'intégration économique régionale constituées par des Etats souverains dont un ou plusieurs sont des Etats membres de la Commission et auxquelles les Etats membres de l'organisation ont transféré des compétences totales ou partielles dans les domaines auxquels s'applique la présente Convention. L'adhésion de ces organisations d'intégration économique régionale fait l'objet de consultations entre les membres de la Commission.

(3) Wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren unterworfen, so wird das Schiedsgericht nach Maßgabe der Anlage zu diesem Übereinkommen gebildet.

Artikel XXVI

(1) Dieses Übereinkommen liegt vom 1. August bis 31. Dezember 1980 für alle Teilnehmerstaaten an der vom 7. bis 20. Mai 1980 in Canberra abgehaltenen Konferenz über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis in Canberra zur Unterzeichnung auf.

(2) Die so unterzeichnenden Staaten sind die ursprünglichen Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens.

Artikel XXVII

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung von Australien hinterlegt, die hiermit zum Verwahrer bestimmt wird.

Artikel XXVIII

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der achten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch die in Artikel XXVI Absatz 1 des Übereinkommens bezeichneten Staaten in Kraft.

(2) Für jeden Staat oder jede Organisation eines regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, die nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegen, tritt das Übereinkommen am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung in Kraft.

Artikel XXIX

(1) Dieses Übereinkommen steht jedem Staat, der an Erforschung oder Nutzung der lebenden Meeresschätze interessiert ist, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, zum Beitritt offen.

(2) Dieses Übereinkommen steht Organisationen eines regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zum Beitritt offen, die sich aus souveränen Staaten zusammensetzen, unter deren Mitgliedern sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Kommission befinden und denen die Mitgliedstaaten der Organisation in den Bereichen, auf die sich dieses Übereinkommen bezieht, ganz oder zum Teil Zuständigkeiten übertragen haben. Der Beitritt von Organisationen eines regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlusses bedarf der Konsultation unter den Mitgliedern der Kommission.

Article XXX

1. This Convention may be amended at any time.

2. If one-third of the Members of the Commission request a meeting to discuss a proposed amendment the Depositary shall call such a meeting.

3. An amendment shall enter into force when the Depositary has received instruments of ratification, acceptance or approval thereof from all the Members of the Commission.

4. Such amendment shall thereafter enter into force as to any other Contracting Party when notice of ratification, acceptance or approval by it has been received by the Depositary. Any such Contracting Party from which no such notice has been received within a period of one year from the date of entry into force of the amendment in accordance with paragraph 3 above shall be deemed to have withdrawn from this Convention.

Article XXXI

1. Any Contracting Party may withdraw from this Convention on 30 June of any year, by giving written notice not later than 1 January of the same year to the Depositary, which, upon receipt of such a notice, shall communicate it forthwith to the other Contracting Parties.

2. Any other Contracting Party may, within sixty days of the receipt of a copy of such a notice from the Depositary, give written notice of withdrawal to the Depositary in which case the Convention shall cease to be in force on 30 June of the same year with respect to the Contracting Party giving such notice.

3. Withdrawal from this Convention by any Member of the Commission shall not affect its financial obligations under this Convention.

Article XXXII

The Depositary shall notify all Contracting Parties of the following:

- (a) signatures of this Convention and the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession;
- (b) the date of entry into force of this Convention and of any amendment thereto.

Article XXXIII

1. This Convention, of which the English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of Australia which shall transmit duly certified copies thereof to all signatory and acceding Parties.

Article XXX

1. La présente Convention peut être amendée à tout moment.

2. A la demande d'un tiers des membres de la Commission, le Dépositaire convoque une réunion en vue d'examiner une proposition d'amendement.

3. Un amendement entre en vigueur lorsque le Dépositaire a reçu de tous les membres de la Commission les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation de cet amendement.

4. Cet amendement entre alors en vigueur à l'égard de toute autre Partie contractante dont la notification de ratification, d'acceptation ou d'approbation est parvenue au Dépositaire. Toute Partie contractante qui n'aura pas fait parvenir sa notification de ratification dans le délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'amendement conformément au paragraphe 3 du présent Article sera réputée s'être retirée de la Convention.

Article XXXI

1. Toute Partie contractante peut se retirer de la présente Convention le 30 juin de chaque année, en le notifiant par écrit, au plus tard le 1^{er} janvier de la même année, au Dépositaire qui, à réception de cette notification, la communique immédiatement aux autres Parties contractantes.

2. Toute autre Partie contractante peut, dans les soixante jours suivant la réception d'une copie de cette notification communiquée par le Dépositaire, notifier par écrit son retrait au Dépositaire, auquel cas la Convention cessera de s'appliquer, pour cette Partie contractante, le 30 juin de la même année.

3. Le retrait de la Convention d'un membre de la Commission n'affecte pas les obligations financières contractées par lui aux termes de la présente Convention.

Article XXXII

Le Dépositaire notifie à toutes les Parties contractantes:

- a) les signatures de la présente Convention et le dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- b) la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et de tout amendement à celle-ci.

Article XXXIII

1. La présente Convention, dont les textes anglais, espagnol, français et russe font également foi, sera déposée auprès du Gouvernement de l'Australie, qui en transmettra copie certifiée conforme à toutes les Parties signataires et adhérentes.

Artikel XXX

(1) Dieses Übereinkommen kann jederzeit geändert werden.

(2) Beantragt ein Drittel der Mitglieder der Kommission eine Tagung zur Erörterung einer vorgeschlagenen Änderung, so beruft der Verwahrer diese Tagung ein.

(3) Eine Änderung tritt in Kraft, sobald der Verwahrer die diesbezügliche Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde von allen Mitgliedern der Kommission erhalten hat.

(4) Danach tritt die Änderung für jede andere Vertragspartei in Kraft, sobald deren Notifikation der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung beim Verwahrer eingegangen ist. Geht von einer solchen Vertragspartei innerhalb einer Frist von einem Jahr nach Inkrafttreten der Änderung keine Notifikation nach Absatz 3 ein, so gilt diese Vertragspartei als von dem Übereinkommen zurückgetreten.

Artikel XXXI

(1) Jede Vertragspartei kann am 30. Juni eines jeden Jahres durch eine bis spätestens 1. Januar desselben Jahres an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von diesem Übereinkommen zurücktreten; nach Eingang der Notifikation teilt der Verwahrer diese sogleich den anderen Vertragsparteien mit.

(2) Jede andere Vertragspartei kann innerhalb von sechzig Tagen nach Eingang der Abschrift einer solchen Notifikation vom Verwahrer diesem schriftlich ihren Rücktritt notifizieren; in diesem Fall tritt das Übereinkommen für die betreffende Vertragspartei am 30. Juni desselben Jahres außer Kraft.

(3) Der Rücktritt eines Mitglieds der Kommission von diesem Übereinkommen berührt nicht seine finanziellen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen.

Artikel XXXII

Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien folgendes:

- a) Unterzeichnungen dieses Übereinkommens und die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden;
- b) das Datum des Inkrafttretens dieses Übereinkommens und seiner etwaigen Änderungen.

Artikel XXXIII

(1) Dieses Übereinkommen, dessen englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung von Australien hinterlegt; diese übermittelt allen unterzeichnenden und beitretenden Vertragsparteien gehörig beglaubigte Abschriften.

2. This Convention shall be registered by the Depositary pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

2. La présente Convention sera enregistrée par le Dépositaire conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

(2) Der Verwahrer läßt dieses Übereinkommen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized, have signed this Convention.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, ont apposé leur signature à la présente Convention.

Zu Urkund dessen haben die gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Drawn up at Canberra this twentieth day of May 1980.

Fait à Canberra, ce vingtième jour de mai mil neuf cent quatre-vingt.

Geschehen zu Canberra am 20. Mai 1980.

**Annex
for an Arbitral Tribunal**

**Annexe:
Tribunal arbitral**

**Anlage:
Schiedsgericht**

1. The arbitral tribunal referred to in paragraph 3 of Article XXV shall be composed of three arbitrators who shall be appointed as follows:

1. Le tribunal arbitral visé au paragraphe 3 de l'Article XXV est composé de trois arbitres désignés de la manière suivante:

a) The Party commencing proceedings shall communicate the name of an arbitrator to the other Party which, in turn, within a period of forty days following such notification, shall communicate the name of the second arbitrator. The Parties shall, within a period of sixty days following the appointment of the second arbitrator, appoint the third arbitrator, who shall not be a national of either Party and shall not be of the same nationality as either of the first two arbitrators. The third arbitrator shall preside over the tribunal.

a) la Partie entamant la procédure communique le nom d'un arbitre à l'autre Partie. Celle-ci, dans les 40 jours qui suivent cette communication, fait à son tour connaître le nom du deuxième arbitre. Dans les 60 jours qui suivent la désignation de ce dernier, les Parties doivent nommer d'un commun accord le troisième arbitre. Celui-ci ne doit être ni un ressortissant de l'une des Parties en cause, ni de la même nationalité que l'un ou l'autre des deux premiers arbitres. Il préside le tribunal;

b) If the second arbitrator has not been appointed within the prescribed period, or if the Parties have not reached agreement within the prescribed period on the appointment of the third arbitrator, that arbitrator shall be appointed, at the request of either Party, by the Secretary-General of the Permanent Court of Arbitration, from among persons of international standing not having the nationality of a State which is a Party to this Convention.

b) si le deuxième arbitre n'a pas été désigné dans le délai prescrit, ou si les Parties ne se sont pas entendues dans le délai prescrit sur la désignation du troisième arbitre, ce dernier est désigné, à la demande de l'une des Parties, par le Secrétaire Général de la Cour Permanente d'Arbitrage parmi les personnalités de réputation internationale n'ayant pas la nationalité d'un Etat Partie à la présente Convention.

2. The arbitral tribunal shall decide where its headquarters will be located and shall adopt its own rules of procedure.

2. Le tribunal arbitral décide du lieu où il tient audience et fixe sa procédure.

(1) Das in Artikel XXV Absatz 3 bezeichnete Schiedsgericht setzt sich aus drei Schiedsrichtern zusammen, die folgendermaßen ernannt werden:

a) Die das Verfahren betreibende Partei teilt der anderen Partei den Namen eines Schiedsrichters mit; diese teilt ihrerseits innerhalb einer Frist von vierzig Tagen nach dieser Mitteilung den Namen des zweiten Schiedsrichters mit. Die Parteien ernennen innerhalb einer Frist von sechzig Tagen nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters den dritten Schiedsrichter, der nicht Staatsangehöriger einer der Parteien sein und nicht dieselbe Staatsangehörigkeit wie einer der beiden ersten Schiedsrichter haben darf. Der dritte Schiedsrichter ist Vorsitzender des Gerichts.

b) Wurde der zweite Schiedsrichter nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ernannt, oder konnten die Parteien innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine Einigung über die Ernennung des dritten Schiedsrichters erzielen, so wird dieser Schiedsrichter auf Antrag einer Partei vom Generalsekretär des Ständigen Schiedsgerichtshofs aus dem Kreis von Persönlichkeiten von internationalem Ruf ernannt, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Staates haben, der Vertragspartei dieses Übereinkommens ist.

(2) Das Schiedsgericht beschließt über seinen Sitz und gibt sich eine Verfahrensordnung.

3. The award of the arbitral tribunal shall be made by a majority of its members, who may not abstain from voting.

4. Any Contracting Party which is not a Party to the dispute may intervene in the proceedings with the consent of the arbitral tribunal.

5. The award of the arbitral tribunal shall be final and binding on all Parties to the dispute and on any Party which intervenes in the proceedings and shall be complied with without delay. The arbitral tribunal shall interpret the award at the request of one of the Parties to the dispute or of any intervening Party.

6. Unless the arbitral tribunal determines otherwise because of the particular circumstances of the case, the expenses of the tribunal, including the remuneration of its members, shall be borne by the Parties to the dispute in equal shares.

3. Les sentences arbitrales sont rendues à la majorité des membres du tribunal, qui ne peuvent s'abstenir de voter.

4. Toute Partie contractante qui n'est partie au différend peut intervenir dans la procédure, avec l'accord du tribunal arbitral.

5. La sentence est sans appel. Elle a force obligatoire pour toutes les Parties en cause et pour toute Partie intervenante. Elle est immédiatement exécutoire. Le tribunal interprète la sentence à la demande de l'une des parties au différend ou de toute Partie intervenante.

6. A moins que le tribunal n'en dispose autrement compte tenu de circonstances particulières, les frais de justice, y compris les vacations des arbitres, sont répartis également entre les Parties en cause.

(3) Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts bedarf der Stimmenmehrheit seiner Mitglieder, die sich nicht der Stimme enthalten dürfen.

(4) Jede Vertragspartei, die nicht Streitpartei ist, darf mit Zustimmung des Schiedsgerichts dem Verfahren beitreten.

(5) Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts ist endgültig und für alle Streitparteien und jede Vertragspartei, die dem Verfahren beitrifft, bindend; er ist unverzüglich zu befolgen. Auf Antrag einer Streitpartei oder einer beitretenden Vertragspartei legt das Schiedsgericht den Schiedsspruch aus.

(6) Sofern das Schiedsgericht wegen besonderer Umstände des Falles nicht etwas anderes beschließt, werden die Kosten des Gerichts, einschließlich der Vergütung seiner Mitglieder, von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen.

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Mauritius
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 26. März 1982

In Port Louis ist am 19. Februar 1982 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 19. Februar 1982

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. März 1982

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Mauritius über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung von Mauritius –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mauritius,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen
durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festi-
gen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in Mauritius beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung von Mauritius, von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Strom-
versorgung der Insel Rodrigues“, ein Darlehen bis zu
DM 4 500 000,- (in Worten: vier Millionen fünfhunderttausend
Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es
der Regierung von Mauritius zu einem späteren Zeitpunkt
ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur
Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige
Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vor-
habens „Stromversorgung der Insel Rodrigues“ von der
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhal-
ten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleit-
maßnahmen gemäß Absatz 1 und 2 werden in Darlehen umge-
wandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet
werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages sowie
die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, be-
stimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und

dem Empfänger des Darlehens zu schließenden Verträge, die
den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvor-
schriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung von Mauritius stellt die Kreditanstalt für Wie-
deraufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen
Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durch-
führung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Mauritius erho-
ben werden.

Artikel 4

Die Regierung von Mauritius überläßt bei den sich aus der
Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen
und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lie-
feranten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine
Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunterneh-
men mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Ab-
kommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebe-
nenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen
erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem
Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich aus-
zuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes
festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt beson-
deren Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewäh-
rung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaft-
lichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt
werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich
des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Ber-
lin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land gegenüber der Regierung von Mauritius innerhalb von drei
Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige
Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in
Kraft.

Geschehen zu Port Louis am 19. Februar 1982 in zwei Ur-
schriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Peter Scholz

Für die Regierung von Mauritius
Sir Harold Walter

**Bekanntmachung
des deutsch-luxemburgischen Vertrags
über kulturelle Zusammenarbeit**

Vom 29. März 1982

Der in Bonn am 28. Oktober 1980 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über kulturelle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 18

am 1. März 1982

in Kraft getreten; er wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über kulturelle Zusammenarbeit**

Die Bundesrepublik Deutschland und das Großherzogtum Luxemburg –

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, einschließlich der Wissenschaft und Bildung, zu verbessern und zu erweitern,

überzeugt, daß diese Zusammenarbeit die Bande der Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg festigen wird, und

in dem Bewußtsein, durch einen Vertrag über kulturelle Zusammenarbeit gleichzeitig der gemeinsamen Sache der europäischen Kultur und der europäischen Einigung zu dienen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und kulturelle und wissenschaftliche Tätigkeiten der anderen Vertragspartei zu erleichtern.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, im Rahmen der jeweils geltenden Bestimmungen die Gründung und Tätigkeit von kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen der anderen Vertragspartei zu erleichtern und zu fördern.

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, dem im Zusammenhang mit den Zielen und Zwecken dieses Vertrags beschäftigten, von der anderen Vertragspartei entsandten Personal die Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit in jeder Weise zu erleichtern.

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, im Rahmen der geltenden Bestimmungen Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben für die im Sinn der Absätze 1 und 2 dieses Artikels tätigen Personen und Einrichtungen zu gewähren.

Artikel 3

Die Vertragsparteien gehen davon aus, daß sich ein großer Teil des in diesem Vertrag vorgesehenen Austausches zwischen kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen, Organisationen, Vereinen, gesellschaftlichen Gruppen und anderen Einrichtungen in unmittelbarer Zusammenarbeit vollzieht. Sie werden Tätigkeiten dieser Art im Rahmen ihrer Möglichkeiten ermutigen und erleichtern.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Bildung einschließlich der Hochschulen, der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, der Einrichtungen der außerschulischen Bildung, der Berufsausbildung und der Weiterbildung die Zusammenarbeit in allen ihren Formen zu erleichtern und zu fördern.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, Studenten und Wissenschaftlern der anderen Vertragspartei den Zugang zu Bildungs- und Forschungseinrichtungen aller Art, einschließlich solcher im künstlerischen und berufsbildenden Bereich, im Rahmen der geltenden Bestimmungen zu erleichtern.

Insbesondere wird sich die Bundesrepublik Deutschland für die Anerkennung der luxemburgischen Reifezeugnisse und der Abschlußzeugnisse der „Cours Universitaires“ im Sinn der Europäischen Übereinkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse und der Studienzeiten an Hochschulen, für die Zulassung luxemburgischer Studenten zu Lehramtsprüfungen sowie für die Anerkennung der luxemburgischen Reifezeugnisse als ausreichenden Nachweis deutscher Sprachkenntnisse einsetzen.

Auf Wunsch einer Vertragspartei treten Sachverständige beider Seiten zusammen, um Einzelheiten der vorgenannten Fragen zu erörtern und sich um die Lösung aufgetretener Schwierigkeiten zu bemühen.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten Stipendien für Studenten und Wissenschaftler der anderen Seite zur Ausbildung, Fortbildung oder zu Forschungsarbeiten zur Verfügung stellen. Sie werden ferner gegenseitige Besuche von Wissenschaftlern und Lehrkräften zu Vorlesungen, für wissenschaftliche Forschungsarbeiten, zur Teilnahme an Kongressen, Konferenzen, Seminaren und Kursen, zur Information und zum Erfahrungsaustausch fördern. Entsprechendes gilt für die an künstlerischen Ausbildungsstätten lehrenden und lernenden Personen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, die Kenntnis der Sprache und Literatur der anderen Vertragspartei zu fördern.

Die Vertragsparteien werden sich bemühen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen Vertragspartei zu erreichen, die ein besseres gegenseitiges Verständnis fördert.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenseitige Besuche von Vertretern des kulturellen Lebens, vor allem der Literatur, der Musik, der darstellenden und bildenden Kunst, sowie die Teilnahme an Tagungen, Festspielen und internationalen Wettbewerben anregen und fördern. Entsprechendes gilt für gegenseitige Besuche von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen einschließlich des Bereichs der Weiterbildung.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Gastspiele und Gastspielreisen, Ausstellungen, Vorträge und Vorlesungen der anderen Vertragspartei aus den Bereichen der darstellenden und bildenden Kunst, Musik und der kulturellen Information zu fördern.

Artikel 10

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie Presseorganen in ihren beiden Ländern zu unterstützen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Zusammenarbeit und den Austausch auf dem Gebiet des Filmwesens und der Ton- und Tonbildmedien unterstützen.

Artikel 12

Die Vertragsparteien werden zwischen den Archiven und Bibliotheken beider Länder den Austausch von Archivalienreproduktionen, Büchern und anderen Publikationen anregen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten erleichtern. Sie werden auch den Austausch von Fachleuten auf diesen Gebieten fördern.

Artikel 13

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, den Austausch auf den Gebieten des Verlagswesens und der Museen zu erleichtern. Sie werden auch den Austausch von Fachleuten auf diesen Gebieten und von Schriftstellern fördern.

Artikel 14

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, den Jugendaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen und anderen Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung zu fördern.

Artikel 15

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, Begegnungen zwischen Sportlern beider Länder zu ermutigen und die Zusammenarbeit zwischen den Sportorganisationen beider Länder zu fördern.

Artikel 16

Vertreter der Vertragsparteien werden nach Bedarf oder auf Wunsch einer Vertragspartei abwechselnd in einem der beiden Staaten zusammentreten, um Bilanz zu ziehen und Vorschläge für die weitere kulturelle Zusammenarbeit auszuarbeiten.

Artikel 17

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 18

Der Vertrag tritt an dem Tag in Kraft, an dem sich die Vertragsparteien einander durch Notenwechsel davon unterrichtet haben, daß die für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Artikel 19

Der Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen; er verlängert sich stillschweigend auf unbestimmte Zeit, wenn er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 28. Oktober 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Lautenschlager

Für das Großherzogtum Luxemburg
Heisbourg

Erklärung
 der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags
 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
 und dem Großherzogtum Luxemburg
 über kulturelle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Einfuhr der Materialien und Ausrüstungsgegenstände einschließlich Bild- und Tonmaterials und wissenschaftlicher Geräte zu Unterrichtszwecken, die für die Arbeit der in diesem Vertrag genannten kulturellen Einrichtungen oder für die Förderung seiner Ziele und Zwecke erforderlich sind, im Rahmen der jeweils geltenden innerstaatlichen Bestimmungen in jeder Weise erleichtern.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird ferner bemüht sein, soweit es die geltenden Gesetze und Verordnungen zulassen, Personen, die aufgrund des Vertrags tätig sind, bei der Einfuhr ihrer Haushaltsgegenstände Befreiung von Abgaben zu gewähren.

Bonn, den 28. Oktober 1980

Lautenschlager

Erklärung
 der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
 anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags
 zwischen dem Großherzogtum Luxemburg
 und der Bundesrepublik Deutschland
 über kulturelle Zusammenarbeit

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg wird die Einfuhr der Materialien und Ausrüstungsgegenstände einschließlich Bild- und Tonmaterials und wissenschaftlicher Geräte zu Unterrichtszwecken, die für die Arbeit der in diesem Vertrag genannten kulturellen Einrichtungen oder für die Förderung seiner Ziele und Zwecke erforderlich sind, im Rahmen der jeweils geltenden innerstaatlichen Bestimmungen in jeder Weise erleichtern.

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg wird ferner bemüht sein, soweit es die geltenden Gesetze und Verordnungen zulassen, Personen, die aufgrund des Vertrags tätig sind, bei der Einfuhr ihrer Haushaltsgegenstände Befreiung von Abgaben zu gewähren.

Bonn, den 28. Oktober 1980

Heisbourg

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über die vorübergehende Einfuhr von Umschließungen
Vom 29. März 1982

Das Zollübereinkommen vom 6. Oktober 1960 über die vorübergehende Einfuhr von Umschließungen (BGBl. 1969 II S. 1065) wird nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Lesotho am 27. April 1982
 in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. April 1979 (BGBl. II S. 399).

Bonn, den 29. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
 im Auftrag
 Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren,
die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen
ausgestellt oder verwendet werden sollen**

Vom 29. März 1982

Das Zollübereinkommen vom 8. Juni 1961 über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen (BGBl. 1967 II S. 745), wird nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Lesotho am 27. April 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. August 1981 (BGBl. II S. 618).

Bonn, den 29. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät**

Vom 29. März 1982

Das Zollübereinkommen vom 11. Juni 1968 über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät (BGBl. 1969 II S. 1914) wird nach seinem Artikel 20 Abs. 2 für

Lesotho am 27. April 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. August 1978 (BGBl. II S. 1183).

Bonn, den 29. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,20 DM (2,40 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,70 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial

Vom 29. März 1982

Das Zollübereinkommen vom 8. Juni 1970 über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial (BGBl. 1971 II S. 1101) wird nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Lesotho am 27. April 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Januar 1978 (BGBl. II S. 157).

Bonn, den 29. März 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer